

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werthätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagabeilage „Die Neue Welt“.

Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mk. 1.00. Monatlich 35 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 214.

Wittwoch, den 13. September 1905.

12. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Cholera des Jaren.

Die Cholera, die jetzt in unserem Lande furchtbar Menschenleben vernichtet, eine Liebesgabe des russischen Despotismus! — das ist die neueste vernichtende Anklage, welche von der russischen Ärzteschaft vor dem Forum Deutschlands nach Europa erhoben wird. Nicht nur die Wagnisse der geistigen Verwerfung werden aus dem Reiche der zeitlichen Barbarei in das westliche Europa übertragen, die russische Schand- und Schandwirtschaft sendet auch die Keime der geistlichen, verderblichen Krankheit. Nicht durch stärkere Macht der Naturverhältnisse ist dieser russische Export des Todes bedingt, russische Verwaltungsmäßigkeit hindert die geistliche Arbeit und die werthätige Fürsorge der Ärzteschaft, den Kampf gegen die Cholera aufzunehmen und erfolgreich durchzuführen!

In der Münchener „Wöchentlichen Wochenschrift“ wird der Textbestand veröffentlicht. Die „Tägliche Rundschau“ gibt das wichtigste davon wieder, eigenartigweise an verdorbenen Stellen ihrer Unterhaltungsbeilage, während sich doch eine politische Frage ersten Ranges erhebt.

Unter dem herben Titel „Rassische Beiträge zur Symptomatologie der Darmscheidungsstörungen am russischen Staatskörper“ veröffentlicht Dr. D. W. W. aus Moskau in der genannten Wochenschrift „Russische Cholera-Aufnahmen“. „Der Jahrgang“ so bemerkt die „T. R.“, besteht lediglich aus einer Reihe von Dokumenten, an die keinerlei kritische Bemerkung geknüpft ist. Obgleich die Veröffentlichung auch noch auf andere Fragen übergreift, stehen ihre Enthüllungen doch der Hauptsache in wesentlichem Zusammenhang mit der bis jetztigen Cholera-Epidemie und geben die eigentliche Erklärung dafür, wie sich die Seuche mit solcher Schnelligkeit und Gefährlichkeit über das russische Reich hat verbreiten können.

Der erste Abschnitt betrifft eine Rundgebung des Vorstandes der Progozoff-Arztegesellschaft in Moskau. Diese Gesellschaft hatte angehts der drohenden Gefahr Anfang April dieses Jahres einen Cholera-Kongress nach Moskau abgehalten, der von 1635 Ärzten und anderen Sachverständigen besucht wurde. Dieser Kongress wurde, wie aus früheren Mitteilungen einsehlich sein wird, durch die Regierung zunächst verboten, weil man auch in ihm eine Art von Zusammenrottung der Intelligenz gegen das russische Staatswesen erblickte. Nachdem sich der Kongress statt, erhielt aber infolge der Wagnisse der Behörden eine schärfere Spitze gegen die bestehenden Zustände, als es sonst der Fall gewesen wäre, obgleich nicht zu verkennen ist, daß Schwierigkeiten der Bekämpfung einer Seuche in Russland in engster Abhängigkeit von den dort herrschenden Missständen der Verwaltung stehen. Die weitere Folge davon war, daß, wie man aus den jetzigen Veröffentlichungen erfährt, die große Ärzteschaft in Moskau auch in ihren weiteren Maßnahmen und Absichten zur Bekämpfung der Cholera seitens der Regierung nach Möglichkeit behindert wurde. Das Heft der von ihr herausgegebenen Zeitschrift, das die sämtlichen Beschlüsse des Cholera-Kongresses enthält, wurde nach ministerieller Verfügung beschlagnahmt, ebenso das nächste Heft, worin die wichtigsten Arbeiten einer von der Gesellschaft eingesetzten Kommission über Desinfektion bei Cholera, sowie über die Mittel und Abfassung von wöchentlichen Bulletin über den Gang der Cholera-Epidemie abgedruckt waren. Endlich wurde auch der zweite Band der Verhandlungen des Cholera-Kongresses beschlagnahmt, in dem außer den Beschlüssen und Protokollen 28 Vorträge, Arbeiten über Schutzimpfung und Desinfektion und Formulare für Wochenberichte über den Verlauf der Cholera veröffentlicht werden sollten. Diese Angriffe veranlaßten den Vorstand der Progozoff-Gesellschaft zu der gedachten öffentlichen Rundgebung, einmal auch auf eine persönliche Reise des Rebellen jener Zeitschrift nach Petersburg die Gesellschaft überhaupt keine weitere Aufklärung empfing. Ebensonstig nähren die Veröffentlichungen, die der Vorstand der Gesellschaft bei dem Minister des Innern direkt unter dem Hinweis darauf anbrachte, daß die Freigabe jener Drucke zwecks Unterdrückung der Epidemie unumgänglich notwendig wäre. Es blieb danach nichts anderes übrig, als eine richterliche Entscheidung anzurufen, die bisher noch nicht erfolgt ist und wohl auch noch lange auf sich warten lassen wird. Unterdes sind vermutlich Hunderte und Tausende an der Cholera gestorben, und zudem hat sich die Seuche auch über die Grenze verbreitet, so daß sich nicht nur ganz Europa, sondern auch schon Amerika gegen sie mit allerhand Maßregeln wappnet, die zur Erschwerung von Verkehr und

Handel beitragen. Uebrigens schließt die Rundgebung der Moskauer Ärzte-Gesellschaft mit der Erklärung, daß das Erscheinen ihrer Zeitschrift, falls die politische Lage in Russland keine Umgestaltung erfährt und das Damoclesschwert der Demagogik nach wie vor über der Presse schwebt, ganz eingestellt werden solle, „bis das alte die Dessenflichkeit schenende Regime endlich gefallen und an seine Stelle eine neue Staatsordnung getreten ist, die sämtlichen Bürgern in gleicher Weise Meinungsfreiheit gewährt.“

Die nächste interessante Notiz betrifft eine politische Handlung im Bureau des Präsidiums der Progozoff-Gesellschaft, die vom „Inspektor der Presse“ in Begleitung von zwei Polizeioffizieren und zwei Hausknechten vorgenommen wurde. Die um 12 Uhr nachts in dem Bureau anwesende, weil dort wohnhafte Sekretärin versuchte mit Hinweis auf ihre Verantwortlichkeit die Papiere des Bureaus zu schützen, aber man lehrte sich selbstverständlich nicht daran, sondern man brachte alles dazu. Die vorhandenen Exemplare der obgenannten Rundgebung wurden beschlagnahmt und ihr Inhalt von dem Inspektor als „empfindlich“ bezeichnet. Weiter äußerte der Mann die unerbittliche Ansicht, daß jedes heftigste verurteilte Schriftstück vor der Versendung behufs Verhinderung der Fernverbreitung vorzulegen und „eine siebentägige Quarantäne durchzuführen“ müsse. Als ob die Regierung es für notwendig hielt, in allen Teilen des Reiches die an der Bekämpfung der Cholera am eifrigsten tätigen Ärzte lahmzulegen, versorgte sie eine Anzahl von Personen, die auf dem Cholera-Kongress besonders hervorgetreten waren. So wurde ein Privatdozent der allgemeinen Pathologie an der Universität Odessa durch deren Rektor fortgesetzt und mußte sich damit trösten, daß er von dem allrussischen Ärzteverband, von anderen ärztlichen Gesellschaften, Universitäten und vielen Kollegen aus allen Teilen des Reiches Beihilfe und Teilnahme erhielt, die gleichzeitig ihre Empörung und Verachtung gegen die servile Tat des ersten Unberücksichtigten ausdrückten. Eine weitere Maßnahme der Regierung war, daß auf Beschluß des Ministerkomitees und mit Genehmigung des Kaisers der Verein für Gesundheitspflege in Saratow geschlossen wurde. Saratow ist eine der großen Städte in Russland gewesen, wo die Cholera vom Kaspiischen Meer zuerst hin verschleppt worden ist und sicher noch jetzt viele Opfer fordert. „Seinen stärkeren Beweis ihrer völligen Verblendung hätte die russische Regierung also wohl kaum geben können als die Schließung eines solchen Vereins gerade an einem solchen Ort. Auch hier haben sich die russischen Ärztekreise in weitem Umfange gegen eine solche Maßnahme solidarisch erklärt, aber Nutzen bringt dergleichen vorläufig noch immer nicht. Es wäre vielleicht verweisen zu sagen, Deutschland wäre von der Cholera ganz verschont geblieben, wenn in Russland bessere Zustände und eine andere Regierung herrschten; so viel aber bleibt doch durchaus sicher, daß unter diesem Regime Russland bei jeder Seuche, die innerhalb seiner Grenzen auftritt, das ganze übrige Europa in schwere Gefahr bringt.“

Was sagt die deutsche Reichsregierung zu diesen gewiß völlig einwandfreien Darlegungen?

Waffenstillstand.

Die ersten Schritte zur Einleitung des Waffenstillstandes auf dem ostasiatischen Kriegsschauplatz bis zur Unterzeichnung der Friedensverträge sind nunmehr unternommen. Am Sonnabend mittag 1 Uhr traf bei einem russischen Posten an der Eisenbahn bei Goshadan ein japanischer Parlamentär mit weißer Fahne ein, begleitet von 50 Soldaten. Der Parlamentär übergab dem wachhabenden russischen Offizier, der ihm entgegen gegangen war, ein Schreiben des Marschalls Oyama an General Siniawitsch. In demselben sendet der Marschall dem russischen Heerführer seine Grüße und Glückwünsche anlässlich des Friedensschlusses und der Beendigung des Krieges und erlucht General Siniawitsch, einen russischen Bevollmächtigten für die Angelegenheiten des Waffenstillstandes zu ernennen. Er selbst bestimmte zu diesem Zweck General Kofusjima als japanischen Bevollmächtigten und schlägt als Ort der Zusammenkunft die Station Schargha vor.

Politische Studien.

Die Afrikaexpedition der Reichstagsabgeordneten scheint diesen doch nicht so gut zu bekommen, wie behauptet wird. Einer der Teilnehmer ist bekanntlich gestorben und nun ist ein anderer, der Abg. Dr. Günter, auf der Tour erkrankt und befindet sich bereits auf der Rückreise nach Deutschland. — Wenn die übrigen bleibenden Sprichtouristen

weder in Hamburg bei ihrem Gönner Boermann eintreffen, dann wird dieser auch verzweiflungsvoll ausrufen können: „Ich zähl' die Häupter meiner Lieben und ach, mir fehlt manch' „leures“ Haupt!“

Das Landwirtschaftsministerium kommt aus dem Stadium der „Erhebungen“ gar nicht heraus. Jetzt hat das die eine neue „Erhebung“ über die Fleischnot angeordnet und mit derselben — die Landwirtschaftskammern und die Regierungspräsidenten beauftragt. Die ministerielle „Berl. Corr.“ schreibt hierüber: Ueber den Umfang, die Ursachen und die Wirkung der Steigerung der Fleischpreise, namentlich für Schweinefleisch, sowie über die Ansichten betreffs der weiteren Preisbildung forderte das Landwirtschaftsministerium die Landwirtschaftskammern und die Regierungspräsidenten zu einem Bericht auf. Erstere sollen sich äußern, ob seit der Viehzählung im Dezember 1904 ein allgemeiner oder örtlicher Rückgang der Viehhaltung, insbesondere bezüglich der Schweine nach Zahl, Gewicht und Beschaffenheit zu beobachten war, ferner über die Gründe der Preissteigerung, sowie in welchem Verhältnis die Preise für Vieh am Produktionsort sowie an den Schlachtmärkten und die Fleischpreise gestiegen sind; endlich, ob bald ein stärkerer Auftrieb und ein Fallen der Preise zu erwarten sei. Derselben Fragen werden den Regierungspräsidenten vorgelegt unter Hervorhebung einzelner Punkte. Außerdem werden für 60 bezeichnete Städte die Zahl der Schlachtungen in den öffentlichen Schlachthäusern und, soweit dort Schlachtmärkte stattfinden, auch die Aufsteckzahlen angegeben. — Die Landwirtschaftskammern und die Regierungspräsidenten sind gerade die ersten zur Beantwortung der Frage nach den Ursachen und Wirkungen der Fleischnot!

Wie sehr übrigens die Fleischsteuerung immer noch im Steigen begriffen ist, ergibt sich auch aus dem jetzt von der „Statistischen Korrespondenz“ veröffentlichten Durchschnittspreise der wichtigsten Lebensmittel im Monat August. Danach haben sich die Preise für Fleisch im Kleinhandel und für Speck, Butter, Schweinefleisch und Eier gegenüber dem Juli 1905 beträchtlich erhöht, noch beträchtlicher aber im Verhältnis zu dem August vorigen Jahres. Im Durchschnitt der ganzen preussischen Monarchie betragen die Preise für 1 Kilo Fleisch im Kleinhandel im Vergleich zu den in Klammern bezeichneten Biffern des Juli 1904: Rindfleisch von der Keule 155 (144), vom Saucen 133 (122), Schweinefleisch 167 (134), Kalbfleisch 158 (144), Hammelfleisch 154 (144), geräucherter Speck 179 (150), Eibutter 243 (239), Schweinefleisch 175 (155), ein Stück Eier 388 (362). Noch auffälliger zeigt sich die Fleischsteuerung, wenn man die Preise in gewissen Landschaften und Orten, die besonders unter der Viehnot zu leiden haben, herausnimmt. Weit über dem Durchschnitt sind z. B. die Preise in Breslau. Dort kostet nämlich Rindfleisch von der Keule 180, Schweinefleisch ebenfalls 180, geräucherter Speck 203 Pfg. pro 1 Kilo, in Glogau Speck 228 und in Glogau gar 230 Pfg. In Glogau sowie in Koblenz bezw. Wachen lag der Preis für 1 Kilo Schweinefleisch ebenfalls weit über dem Durchschnitt mit 197 bezw. 190 bezw. 210 Pfg. In Verhältnis zum Juli 1905 betragen die Erhebungen im Preise des Schweinefleisches in Koblenz 27, in Glogau 22, in Trier 20, in Bosen, Oberrhein und Stettin je 16, in Bromberg und Piel je 15, in Köslin und Magdeburg je 12, in Berlin und Potsdam je 11, in Danzig, Straßburg und Wachen je 10, in Halle a. S. 8, in Königsberg i. Pr. 7, in Glogau 6, in Hannover und Bielefeld je 5, in Frankfurt a. O. 2 Pfg. — Ueber Heber Bod aber beschränkt sich im höchsten Maße darauf, „Erhebungen“ anzustellen!

Nicht Kopf, nicht Meißige... In diesen Tagen finden im Rheinlande in Gegenwart Wilhelms II. in der Gegend von Koblenz große militärische Schaulustspiele und öffentliche Unzüge statt. Zahllose Sonderzüge bringen die Regimenter, Ueberpatroten, Mugierrigen und Taschenbriebe an den Plaz der welterschütternden Begebenheiten. Hunderte von Gendarmen, Schützen und Geheimpolizisten aus allerlei Orten weisen in Koblenz, um die feste Höhe zu sichern, wo Fürsten schlafen. Aus Köln allein reisten schon am Sonnabend 104 Schutzleute, sieben Wachmeister und drei Polizeikommissare ab, um bis Mittwoch dort zu bleiben. Die politische Fürsorge erstreckt sich bis hinauf nach Köln und Düsseldorf. In letztgenannter Stadt wurde sofort bei Beginn eine Versammlung in der der Berliner Anarchist Weidner über die Frage: „Generalfest oder politischer Waffenstreik?“ reden wollte, politisch aufgelöst. Auch in Köln und Nippes, wo Weidner am Sonntag und Montag über ein harmloses Thema sprechen wollte, wurden die Versammlungen von vornherein verboten. — In engster Verbindung mit der Anwesenheit Wilhelms II. im Rheinlande dürfte wohl auch die gestern nachmittag in Ehrenbreitstein erfolgte Verhaftung des bekannten Führers der niederländischen Anarchisten, Domela Nieuwenhuis, zu bringen sein. Er wurde festgenommen, als er den um 3 Uhr 23 Min. von Ehrenbreitstein nach dem Süden abgehenden Zug besteigen wollte. Er wollte sich angeblich

nach Marburg begeben. Die Beschäftigung des ist ein neuer Beweis dafür, wie weit Deutschland bereits russifiziert ist. Für eine Einschränkung der Grenzsperrung tritt auch das den Konservativen sehr nahe stehende christlich-sozialistische „Reich“ ein. — Das wird wohl wenig nützen!

Antisemitische Unterfälle. Der Deutsche Verein zu Frankfurt a. M. beschloß in seiner letzten Mitgliederversammlung einstimmig, aus der Deutschen Reformpartei auszuschließen und sich der deutsch-sozialen Partei anzuschließen. — „Und so ziehn wir unser ganzes Leben lang...“

Die neue Tabaksteuer, die demnächst zur Hebung der ruinirten Reichsfinanzen dem Reichstage in Vorschlag gebracht wird, soll durch die hohe Zurede Schmachvoller gemacht werden, daß es sich ja nur um die „feinen Sorten“, insbesondere die Luxuszigaretten handeln solle. In der „Südd. Tabakztg.“ wird der irrtümliche Schein dieser Zurede der Reichsfinanzminister nachgewiesen; das Blatt führt u. a. aus: „Da hat man sich einen „windigen Blühaber“ konstruiert; man schiebt die leichter ansehbare Zigarette vor und betont, es sei „lächelnd“, von der Zigarette des armen Mannes“ zu sprechen. Das ist nur bedingt richtig. Allerdings trifft es zu, daß das Rauchen der Zigarette nicht besonders wirtschaftlich ist; eine Dreifachzigarette befriedigt den Raucher des armeren Konsumenten weit mehr als fünf Gipszigaretten. Den Hauptkonsum bilden die Zigaretten in der Preislage bis 2 Pf. Dieser Konsum wahrlich hat keinerlei luxurianten Charakter. Einerseits Geschmacksrichtung, andererseits geschäftliches Sagen und Hören führt zur schnell verfallenden Zigarette. Was aber erwartet man von der Besteuerung dieses „Luxusartikels“? Nach der Produktionsstatistik von 1897 war der Faktorenwert von Zigaretten 250 Millionen Mark und jener von Zigaretten 11 Millionen Mark im Jahre. Seither mag sich der Faktorenwert der Zigarette annähernd verdoppelt haben, während der Faktorenwert der Zigaretten kaum um ein Sechstel gestiegen sein dürfte. Die Ausfuhr an Zigaretten betrug im Jahre 1904 1 288 000 Mt. und die Zigarettenzufuhr erreichte die Höhe von 12 634 000 Mt. Nach der Berufsstatistik von 1904 beschäftigt die Zigarettenfabrikation 8759 Lohnarbeiter ohne die Hausarbeiter, also ungefähr den 20. Teil der Zigarettenindustrie. Da kann man doch wahrlich kaum Erträge erwarten, die besonders zu Wache schlagen, selbst wenn man den Zoll auf Fabrikate und orientalische Rohstoffe verdoppelt. Im Jahre 1904 betrug der erhobene Zoll bei Zigaretten 1 780 000 Mt. und von Rohstoffen aus der Türkei, Griechenland, den arabischen Balkanstaaten und Rußland, deren Gesamtfuhr keine 40 000 Doppelpfund zu 85 Mt. Zoll betrug (hierzu kommen noch Tabak, die über Triest, Rotterdam, Antwerpen eingeführt worden sind), insgesamt ungefähr 4 Millionen Mark. Große Beträge sind sonach von der Zigarette unter keinen Umständen zu erzielen, selbst wenn man „10 Zigaretten für 45 Pf.“ Detailwert unter dem Gesichtspunkte eines unnötigen, zum Himmel schreiender Luxus einschätzt.“

Wenn der Vorschlag des Freiherrn v. Stengel erst vorliegt, dann wird es sich zeigen, daß es sich keineswegs nur um Verteuerung des Tabaks der wohlhabenden Kreise handelt. Die Reichskasse braucht viel, sehr viel Geld, wenn die blühende Ausgabewirtschaft fortgesetzt werden soll. Da reichen nicht die Steuern auf den Luxus, da rechnet man auf die Mehreinnahmen aus den Zöllen auf Getreide und andere Nahrungsmittel und ebenso wird es auch bezüglich des Tabaks wieder der Massenkonsum es sein, den man hier belasten will, weil er am meisten „zu Buch schlägt“.

Um die Gesundheit des nationalen Schweines ist Bod ängstlich besorgt; wenn man ihn so hört, so ist es nur die Furcht, daß unsere heimischen Schweine vom Auslande vertrieben werden könnten, was ihn die Deffnung der Grenzen bekümmert läßt. Nur schade, daß unsere heimischen Schweine längst vertrieben sind, und zwar in einem sehr erheblichen Umfange. Im Jahre 1903 ist nicht ein einziger einwandfreie Fall einer Einschleppung von Schweinepeste und Schweinepest beobachtet worden; wohl aber waren in den letzten neun Monaten des Jahres 1903 in Deutschland selbst nicht weniger als 1300 bis 1500 Gehöfte dauernd verseucht. Was die am meisten in Betracht kommende Ostgrenze betrifft, so waren in den Bezirken Biegnitz und Bromberg 1,4 und 1,8 Prozent aller dort existierenden Schweine verseucht. Für Posen stellte sich diese Zahl auf 1,0, für Marienwerder auf 1,3, für Danzig auf 1,3, für Breslau auf 1,0, für Oppeln auf 0,6 und für Berlin auf 0,9 Prozent. Im Westen war der Prozentfuß weit geringer. Ist es unterdessen besser geworden? Durchaus nicht. Denn am 15. August d. J. war der Stand der Schweinepeste und Schweinepest in den östlichen Provinzen folgender:

Es waren verseucht:

Regierungsbezirk	Kreise	Gemeinden	1000	Gemeinden	auf je
Königsberg	16	53	13		
Gumbinnen	11	27	7		
Danzig	8	24	19		
Marienwerder	14	121	54		
Posen	21	69	21		
Bromberg	13	47	21		
Breslau	21	99	26		
Biegnitz	19	94	37		
Oppeln	11	22	8		

Und da haben wir Furcht vor dem Auslande! Ruß man doch in Betracht ziehen, daß nur ein Teil aller Schweinefeststellungen zur Anzeige kommt, so daß in Wirklichkeit die Dinge viel schlimmer liegen. Das muß ausgesprochen werden, um die widerwärtige Heuchelei zu kennzeichnen, die mit der angeblichen Schweinefurcht getrieben wird!

Das amtliche Wahlergebnis von der Reichstags- und Provinzialwahl in Thorn-Pulm ist folgendes: Abgegeben wurden insgesamt 28 811 Stimmen. Davon erhielt Bankdirektor Ortel (M) 14 832, Brejski (Pole) 13 519 und Genosse Gremski 458 Stimmen. Ortel ist somit gewählt.

Bei den Landtagswahlen in Schwarzburg-Rudolstadt ist unsere Stimmenzahl von 4048 auf 5726 gestiegen. In zwei Kreisen muß eine Nachwahl stattfinden, da unsere Genossen doppelt gewählt sind. Das hätte sich doch jedenfalls vermeiden lassen.

Rein Disziplinarverfahren gegen den Regierungsrat Martin. Wie die „Antifozialdemokratische Korrespondenz“ hört, wird von einem Disziplinarverfahren gegen den Regierungsrat Martin Abstand genommen werden. — In Herrn Regierungsrat Martin soll übrigens der „Wunsch“ rege geworden sein, „bei passender Gelegenheit“ einen entsprechenden Tätigkeitskreis außerhalb Berlins beziehungsweise außerhalb der Sphäre der Berliner politischen Reichs- und Staatsämter zu erhalten. Wer mag diesen „Wunsch“ im Herzen des Herrn Martin zum Keimen gebracht haben?

Fleischnot und Militarismus. Die Fleischnot zieht immer weitere Kreise in Mitteldeutschland; sie machen sich auch den Staats- und Gemeindebehörden und allen sonstigen Anstalten, die großen Fleischverbrauch haben, sehr fühlbar. In erster Reihe sehen sich diejenigen Fleischmeister, welche Fleischlieferungen für das Militär übernommen haben, gezwungen, zu erklären, daß sie nicht mehr im Stande sind, ihren kontraktlichen Verpflichtungen nachzukommen. Sie können das zu liefern übernommene Fleisch, namentlich Schweinefleisch, nicht mehr in der Qualität beschaffen, welche die Militärbehörden verlangen. Im Auftrage der Fleischlieferanten für das Gardekorps erläßt Engroschlachtermeister Otto Münzel in der „Allgemeinen Fleisch-Zeitung“ einen Aufruf an alle Fleischlieferanten für Militärbehörden zu einer Versammlung auf Mittwoch, den 13. September, um Beschluß über eine an die zuständige Preisverwaltungen zu richtende Petition zu fassen, daß diese ihren Einfluß zur Deffnung der deutschen Grenzen für Schlachtvieh geltend mache. Falls dieser Forderung nicht stattgegeben wird, werden die Lieferanten die Lieferungen einstellen, es sei denn, daß die Militärbehörden sich damit einverstanden erklären, die Ernährung auf ein niedrigeres Niveau zu setzen. Wie die „Allg. Fleisch-Ztg.“ weiter erfährt, beabsichtigen auch die Fleischlieferanten für kommunale und sonstige öffentliche Anstalten, wie Krankenhäuser etc., die gleichen Forderungen an die betreffenden Behörden zu stellen. — Es ist gut, daß sich niemand durch die Erklärung des Herrn von Pöhlitz, er „gerade“, bestimmen läßt, in Dinge der Dinge zu warten, die da nach dem Ratsschlusse des preussischen Reichstages kommen sollten.

Die Reichstagswahl im Hause Eisenach ist auf den 7. November angesetzt worden. Der bisherige Abg. Fries ist bekanntlich auf der Westfront verstorben.

Deutsche und französische Militärjustiz. Ein Vergleich zwischen der in der Armee beherrschten... nicht etwa das offizielle Organ der deutschen Reichsregierung oder der preussische Kriegsminister, sondern der französische Kriegsminister, der folgende Besichtigung erlassen hat: „Man muß sich bemühen, die freiwillige Disziplin zu erzwingen, die auf den hohen Gehältern der Offizierspflicht beruht; man erwacht das, indem man die moralische Erziehung logisch und vernünftig entwickelt. In allen Fällen, und besonders beim Eintreffen der Rekruten, muß man sich zuerst an Ratschläge, Bemerkungen und Vorwürfe halten, bevor man zu den Bestrafungen schreitet. Man wird also den Augenblick der ersten Bestrafung mit größter Vorsicht hinanzusetzen. Denn diese hat oft einen ungeheuren Einfluß auf den Dienstleister; sie kann bei dem Rekruten Verzweiflung und Stillegefallen zur Folge haben, wenn sie auferlegt wird, bevor der Betroffene sich mit seinen Pflichten vertraut gemacht und eine genaue Vorstellung von den Forderungen der Disziplin erhalten hat. Der Soldat, der eine erste Bestrafung erhalten soll, muß stets dem Korps- oder Dienstchef vorgeführt werden, der darüber zu entscheiden hat, ob der Fehler aus bösem Willen oder Auflehnung oder einfach aus Unverständnis und Mangel an Instruktion begangen worden ist. In ersteren Fällen ist die Bestrafung auferlegt zu erhalten, im anderen aber während eines Monats zu suspendieren und dann völlig zu streichen, wenn der Soldat innerhalb dieser Frist keine neue Strafe zu büßen erhält. Die Wohlthat des Strafaufschubs kann mehrere Male denselben Soldaten zuteil werden. Bei den Haftstrafen haben die Korpschefs die Pflicht, sich über die Wirkungen des Gefängnisses auf den Gesundheits- und den moralischen Zustand der Bestraften auf dem Laufenden zu erhalten. Man darf nie zögern, eine Gefängnisstrafe zu unterbrechen, wenn der zu Rate gezogene Arzt das im Interesse der Gesundheit des Bestraften für notwendig erachtet. Ebenso darf man, wenn die Isolierung ihre Wirkung hervorgebracht hat und der Bestrafte durch korrekten Dienst seine Besserung beweist, nicht die vollständige Verbüßung der Strafe abwarten, um ihn in Freiheit zu setzen. ... Es erscheint erforderlich, daß der Korpschef sich alle Soldaten nach Verbüßung ihrer Haft vorführen läßt, um sich von ihrem Gemütszustande Rechenschaft abzulegen und sie durch seine Ratschläge zu ermutigen. Schließlich ist es von höchster Wichtigkeit, die Soldaten, die eine Gefängnisstrafe zufällig zu verbüßen haben, nicht mit den Leuten in demselben Solat zu vermischt, die sich immer schlecht aufführen und die sittlich verborben sind.“ — Bei uns in Deutschland meint die Militärjustiz immer noch, es müsse rücksichtslos mit äußerster Strenge gegen den „gemeinen“ Soldaten, um so nachsichtiger und milder aber gegen Vorgesetzte eingeschritten werden, die als Soldatenführer sich betätigen.

Eine neue Hubschiff aus Deutsch-Ostafrika. Die Hoffnungen, daß der Aufstand in Deutsch-Ostafrika auf die Küstenlandschaften beschränkt bleiben würde, haben sich nicht erfüllt. Nunmehr ist nämlich nach einer amtlichen Meldung auch tief im Innern des Landes der Aufstand ausgebrochen. Das amtliche Telegramm lautet:

„Berlin, 9. September. Graf Söden telegraphiert unter dem 8. September, daß nach einer über Kapstadt bei ihm eingegangenen Meldung des Bezirksamts Langenburg auch der Wangoni-Stamm aufständisch sei.“

Der Bezirk Langenburg liegt am Nyassa-See. Die aufständischen Wangoni gehören zur Gruppe der Sulu-Völker, und zwar zum Stamm der Masitu (Masiti), die sich vor Jahrzehnten durch ihre Kriege- und Raubzüge einen gefürchteten Ruf erworben und sich — vom Süden her vordringend — dann als Wangoni und Watuta am Nyassa-See niederließen. Die Erhebung im Bezirk Langenburg geht also von einem ungleich kriegerischeren Stamme aus, als ihn die Natumbi und Wabale Leute darstellten. Der

Bezirk zählt eine Eingeborenenbevölkerung von 171 000 Köpfen. Schloß sich also die Mehrheit dieser Eingeborenen dem Aufstande an, so stände den deutschen Truppen ein schwieriger Kampf bevor. Geschwerend kommt noch in Betracht, daß, bevor von einem energischen Vorgehen gegen die Wangoni die Rede sein könnte, erst die Erhebungen in den Küstenbezirken Kufigi, Kilwa und Lindi niedergeworfen sein müssen. Inzwischen aber liegt die Gefahr vor, daß der Aufstand im Bezirk Langenburg auch auf die anderen Bezirke des Hinterlandes überspringt! Da sich im Bezirk Langenburg eine relativ zahlreiche weiße Bevölkerung von 57 Köpfen (darunter 18 Frauen und 23 Geistliche und Missionare) befindet, ist es nicht ausgeschlossen, daß demnächst auch Nachrichten über die Niederwerfung Weißer eintreffen werden! So scheint Deutsch-Ostafrika für uns in der Tat ein zweites — vielleicht noch schlimmeres! — Südwestafrika werden zu sollen!

Rußland.

So sterben Heldenkämpfer! Ueber die letzten Augenblicke unseres gemordeten Genossen Kasprzak wird mitgeteilt: Um 5 Uhr morgens begab sich der Militärgeistliche in die Zelle des zum Tode Verurteilten, den er trösten wollte. Kasprzak empfing ihn jedoch mit dem Gesicht von der roten Fahne. Später kam ein maskierter Henker, der ihm das Totenhemd anlegte und ihn an den Händen festsetzte. Kasprzak, den die 17-jährige Kerkerhaft physisch gebrochen hat, sah aus wie ein Mann von mehr als 60 Jahren, obwohl er erst 46 zählt. Als er seinen letzten Gang antreten sollte, richtete er sich hoch auf und schrie klaren Auges in ruhiger und stielter Haltung zum Hinrichtungsort, der von Militär und Gendarmen umgeben war. Beim Befehlen des Wächters stolperte der Verurteilte. Als ein Henker ihm den Sack über den Kopf stülpte, schrie Kasprzak mit seiner überdeutlich vernehmbarer Stimme: „Es lebe die Revolution!“ Dann ergab er sich ruhig in sein Schicksal. Generalkommandant Skalon hatte nicht nur dem Verurteilten Kasprzak, sondern auch dessen Frau und Sohn den Zutritt zu ihm verweigert. Es wurde ihm nicht gestattet, von seinen Angehörigen Abschied zu nehmen. — Ihn!

Die Antwort. Gestern morgen um 9 Uhr wurde in allen Fabriken Warschau die Arbeit eingestellt. In den Arbeitervierteln geht es lebhaft zu, sonst ist alles ruhig. Die Sozialdemokraten haben eine Aufforderung zum Streik wegen der Hinrichtung des Sozialdemokraten Kasprzak erlassen. Starke Militärpatrouillen bewachen die Fabriken.

Heuerarbeit. Nach einer Meldung aus Schwabopol sind dort am Sonnabend nach zehntägiger Verhandlung gegen 75 Matrosen des Panzerschiffes „Georgi Bobojew“ von Militär- und Marinegericht drei Angeklagte zum Tode, 19 zu Zwangsarbeit und 33 zur Einweisung in eine Arrestantenkompagnie verurteilt worden. 20 Angeklagte wurden freigesprochen.

Begnadigt. Aus Moskau wird berichtet, daß Nikitowski, der Mörder des Moskauer Stadthauptmanns Grafen Schwalow, zu lebenslänglicher Zwangsarbeit begnadigt worden ist.

Entdeckte Waffen für die Revolution. Die Polizeibehörden von Peking haben auf einer über den Insel im Baltischen Meerbusen drei Kilometer vom Fleden Nord 33 Karabiner, die 660 Kabaletkarabiner mit Bajonetten enthielten, und 60 Karabiner mit 122 000 Patronen entdeckt. Die Karabiner haben das Kaliber 10 Millimeter, sind schweizerischen Fabrikats und sind meist schon gebraucht.

Die russische Revolutionäre gequält werden, dafür gibt folgender Bericht des Petersburger Korrespondenten der „Frei. Ztg.“ vom 4. September ein treffendes Bild: Ein Vorfall, der die Stimmung des großen Publikums den russischen Offizieren gegenüber kennzeichnet, fand gestern Abend auf dem Newski bei der Snamenskirche statt. Ein älterer Soldat hatte einen vorübergehenden Infanterieoffizier nicht gegrüßt. Der Offizier erwiderte ihm einen groben Verweis, worauf der Soldat darauf hinwies, daß sein Arm verwundet sei und er die Hand nicht bis zum Hüftgürtel erheben könne. Ungeachtet dessen fuhr der Offizier fort, seinen Untergebenen anzufahren und packte ihn schließlich am Aermel. Um die beiden hatte sich bereits eine schnell wachsende Menge von Zuschauern gebildet, die von solchem Vorgehen empört war und Drohungen auszusprechen begann, die bald in Tätlichkeiten überzugehen drohten. Der Offizier flüchtete in die Fruchthandlung von Rosoljew. Da die inzwischen auf mehrere hundert Köpfe angewachsene Menge ihm in die Handlung folgen wollte, wurde die Tür derselben hinter dem Offizier geschlossen. Die Haltung der Menge nahm einen immer drohenderen Charakter an und man verlangte die Auslieferung des Offiziers. Telephonisch herbeigerufene Polizei sah sich außer Stande, die Menge, die den Gewalt, die Snamens-Kaja-Straße und den gleichnamigen Platz füllte, von der Fruchthandlung zu verdrängen, was erst einer eingetroffenen Kosakenabteilung gelang. Von dieser eskortiert, fuhr der bedrohte Offizier zur Kommandantur. Unmöglich gelang es einem großen Aufgebot von Polizei, die erregte Menge zu zerstreuen. — Anfang Mai bin ich Zeuge einer ähnlichen Szene gewesen, wo ein blutjunger Offizier einen Soldaten zur Rede stellte, der gegen die Vorschriften seinen Mantel über die Schulter geworfen hatte, ohne die Arme in die Armeel zu stecken. Der gemäßigtere Soldat rief einen Schutzmann herbei, dem er befahl, den Mantel von seinen Schultern zu nehmen. Es ergab sich, daß der Mann beide Arme amputiert waren. Der Anblick des Unglücklichen, der den strengen Offizier verwirrte, veranlaßte beim Publikum einen Wutausbruch gegen den Offizier. Nur mit Mühe gelang es diesem, unter einer Flut von Schimpfen und wilden Drohungen, an denen sich auch der gekränkte Soldat beteiligte, in eine Drohschle zu springen und mit heiserer Haut davon zu kommen. Der Soldat beruhigte sich erst, als der Schutzmann ihm militärische Ehren erwiesen hatte. Derartige Ausbrüche gehören in letzter Zeit nicht zu den Seltenheiten. Um aber den Offizieren Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, muß ich auch von Fällen berichten, wo diese dem invaliden Soldaten, der ihnen mit Grenzzeichen geschmäht begegnete, zuerst den militärischen Gruß boten, was den armen Kerl dann immer stützlich rührte.

Die richtige Antwort. Der Sohn des verstorbenen Ministers von Plehwe hatte vor einiger Zeit die Absicht geäußert, die Zeitungen, die sich in scharfer Weise über die

Tätigkeit seines Vaters ausgesprochen hätten, vor Gericht zu gehen. Auf diese hanebüchene Anklage antwortete jetzt die Zeitung „Sabaital“ mit folgendem offenem Brief an Plehwe jan.: „140 Millionen, d. h. wir, die gesamte Bevölkerung Russlands — mit Ausschluß der Mäuler der allerhöchsten Gewalt des russischen Zaren und der Postamantilla in trautem Beise mit Geringmut (Chefredaktor der Moskauer „Wedomosti“), Berg (Redakteur des „Dien“) und anderen Bewertern der Literaturloosen — wir stimmen wie ein Mann überein in der „Wertung“ Ihres verstorbenen Vaters. Wir haben die ganze Schwere, die ganze läghhafte Sinnlosigkeit des von Vater Plehwe geschaffenen Regimes, des spezifisch Plehweischen Regimes, durchlebt, dessen Früchte wir wachend in einem Meer von Blut im inneren und äußeren Rußland jetzt genießen. Und wir, das russische Volk, brandmarken mit Verachtung die Tätigkeit dieses „Oberpolitikers“, wie sich der Usurpator Plehwe selbst zu nennen beliebte. Maljuta Staratoff (der Inkermischer Zwang des Scaufamen) war bedeutend christlicher als Ihr Vater Plehwe, er war das blinde Werkzeug des zarischen Willens, aber vergewaltigte ihn niemals. Das russische Volk wird durch seine Erwählung und durch die Bestreuer in der Lage sein, dem Soha Plehwe die gebührende Antwort zu erteilen, falls Ihr ungezügelter Wunsch reale Formen annehmen sollte. Verleumdungen und Ehrabschneidungen Ihres Vater-Ministers durch die Presse zu bewilligen. Wäre es nicht besser für Sie, Herr Plehwe, sich öffentlich zu entschuldigen von den Anschuldigungen Ihres „Wäters“ und das weitere einzukommen um die Erlaubnis, den Familiennamen zu wechseln?“ — Es ist bemerkenswert, daß diese Antwort nicht nur unter dem Auge der Zensur erschienen konnte, sondern auch von einer ganzen Reihe russischer Zeitungen und Zeitschriften nachgedruckt worden ist.

hoffnungslos ist nach einer Meldung aus Tiflis vom 9. September die Lage in Waku. Von dem Telegramm weiter meldet, nachdem man am Sonntag wieder in Waku Anarchie und Verwirrung. Die Brandstiftungen dauern an. Es herrscht Mangel an Wasser und Brot; die Arbeiterbevölkerung hungert. Der Generalgouverneur von Waku beauftragte den Polizeichef Schmitz, die „verpflichteten Maßnahmen“ zum Schutze der Banken zu ergreifen. Auch Sonntag dauerte in Waku das Schicksal fort. Aus dem Hause eines Mohammedaners wurde auf eine Patrone geschossen; mehrere Personen sind getötet worden. Die Polizei und das Militär bereiteten Versuche zu Brandstiftungen und Plünderungen. Die Arbeiter der rudergebundenen Betriebe verlassen in Waku Waku. — Aus dem Ganges-Distrikt laufen sehr beunruhigende Nachrichten ein. Viele Armenierdörfer sind ganz vernichtet. Viele Familien von Wessanen sind ermordet. Da die Militärstationen weit entfernt sind, verzögert sich die Hilfeleistung. Die gesamte tataresche Bevölkerung ist im Aufbruch, vier-tausend bewaffnete Karren vom persischen Ufer des Praxiflusses haben sich den Tataren angeschlossen. Es sind Verhandlungen mit der persischen Regierung eingeleitet worden. Die in Waku befindlichen Truppen sind vollständig erschöpft. Die Tataren zeigen einen ungläubigen Fanatismus und eine vollständige Todesverachtung. Ihre Zahl ist so groß, daß die Truppen ihnen unterlegen sind. Unbeschreibliche barbarische Taten (die fast nur von der russischen Polizei gegen russische „Wandhäger“ begangen worden sind, Red) sind jetzt von den Tataren begangen worden. Alle Versuche, die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen, sind erfolglos, da die Tataren alle Angriffe der Truppen mit bewaffneter Hand zurückschlagen. Nach einem Telegramm aus Schuscha soll dort eine Aussöhnung zwischen Armeniern und Tataren (?) zustande gekommen sein. Die Einwohner seien alle entwaffnet und die fremden Elemente nach ihrer Heimat fortgeschafft worden. Zahlreiche Patrouillen bewachen die Stadt. General Tatalow telegraphiert von Schuscha, die ihm vorliegenden Meldungen berechtigen zu der Annahme, daß die Bevölkerung sich beruhigt. In Wirklichkeit scheint es sich so zu verhalten, daß in Schuscha, wo die Tataren sehr arg gehaßt haben, jetzt eine Art Kirchhofsrache herrscht. In Schuscha sind ebenfalls die Vardarbeiter unruhig. Der Statthalter hat angeordnet, daß bei der geringsten Ausschreitung gegen die Gutbesitzer „energische Maßnahmen“ ergriffen werden sollen. — Der Zar hat dem Statthalter des Kaukasus befohlen, „energische Maßnahmen“ zur Unterdrückung der Unruhen in Waku zu treffen. Dieser Befehl (1) wird dieselbe Wirkung haben, als wenn der Zar dem General Kuropatkin oder dessen Nachfolger Anewitsch befohlen hätte, zu fliehen. Ruhe wird in dem unglücklichen Kaukasusgebiet nicht eher wieder hergestellt sein als bis die Tataren alle Armenier niedergemetzelt oder die noch von ihnen verschont gebliebenen armenischen Arbeiter zum Verlassen des Naphthagebietes gezwungen haben werden. Ueberaus bedenklich ist es, daß jetzt sogar die auf persischem Gebiet wohnenden Tataren ihren russischen Stammesgenossen zu Hilfe kommen. Daß die korrupte russische Regierung sich als zu schwach erweist, diesen Uebertritt der persischen Tataren auf russisches Gebiet zu hindern, versteht sich von selbst. Der Despotismus macht Bankrott auf der ganzen Linie. — Der Naphthamangel, den die Ereignisse in Waku herbeigeführt haben, macht sich bereits der russischen Industrie fühlbar. Wie aus Petersburg berichtet wird, haben infolge des Mangels an Naphtha für Heizungszwecke die Alga-Delewer halbtägigen Nikolobahner beschlossen, 10 Millionen Rub englischer Steinkohle (Lieferung September) anzukaufen, und ebenso ein gleiches Quantum Denezkohle.

Oesterreich-Ungarn.
Am allgemeinen Stimmrecht festzuhalten beschloß der gestrige Ministerrat. Damit ist die Stellung des Ministerpräsidenten Fejervarys gesichert. — Uebrigens hat der ungarische Minister des Innern Krissy bei einer Wahlrede das allgemeine, geheime Wahlrecht als Erreiter aus den staatsrechtlichen Wirren bezeichnet. Man ersieht hieraus, wie weit die Wirrnis in Ungarn bereits gediehen sind. Die Arbeiterschaft wird die Situation ausnützen und mit aller Energie für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht eintreten!

Italien.
Eine hübsche Leistung der staatlichen Bureaukratie berichtet der „Avanti“. Der italienische

Staat kauft seine eigenen Produkte durch Vermittlung eines kapitalistischen Mittelsmannes. Der Kriegsminister hat nämlich beschaffen, eine neue Art geflochtener Hausschuhe für die Soldaten einzuführen. Die Bestellung für die Lieferung eines ersten Postens von 5000 Paaren und weitere regelmäßige Lieferungen einer Firma von Alexandria übertragen. Diese Firma, die selbst diese Hausschuhe nicht produziert, erlaubte sich nun nach dem besten und billigsten Lieferanten und fand, daß dieselben Schuhe in verschiedenen staatlichen Strafankalten hergestellt werden. Sie kauft die Schuhe also vom Ministerium des Innern, um sie dem Kriegsministerium zu verkaufen! Natürlich mit entsprechendem Verdienst, denn ohne den geht es bei solchen Geschäften ja nicht ab.

Spanien.
Wichtige Wahlen. Die spanischen Wahlen haben am Sonntag stattgefunden. Von den Wahlen zur Deputiertenkammer sind bis Montagmittag folgende Ergebnisse bekannt geworden: Gewählt sind 140 Ministerielle, 64 Konservative, 23 Republikaner, 6 Unabhängige, 2 Regionalisten, 3 Partisten. Soweit sich bis jetzt überlegen läßt, sichern die Wahlen der Regierung eine erhebliche Majorität in den nächsten Cortes. Die Wahlen wiesen in vielen Orten Unruhen hervor. Bei einem Zusammenstoß zwischen Katholiken und Republikanern in Valence wurde ein junges Mädchen getötet und mehrere Personen verletzt. Weitere Unruhen fanden in Ares, Ares, Ares, Ares, Ares, Ares, Ares und Saragossa statt, doch ist angeblich die „Ordnung“ überall wiederhergestellt.

Dienstag, den 12. September.

Der Bezug von Warenarbeiten aller Branchen nach Lübeck ist fernzuhalten!

Bonus von Arbeitern und Arbeitern in fernhalten von der Schlußperiode Industrie, von Arbeitern von der Wägen Sägemühle in Schluß und von der Sägemühle von Rohbran in Laueu.

Einmaliges Anstandsgefühl. Bekanntlich stand vor einigen Tagen der weniger weiten seiner militärischen Eigenschaften als durch seinen fanatischen Haß gegen die Sozialdemokratie bekannt gewordene General Boguslawski. Auch die sozialdemokratische Presse nahm Notiz von diesem Vorfalle; sie hatte natürlich keine Veranlassung, einem Menschen Gutes nachzureden, von dem alle Welt weiß, daß seine ganze Pamphlete nur giftgeschwollene Tiraden gegen die Sozialdemokratie enthielten. Allerdings hatte Boguslawski durch seine schändliche Tätigkeit unserer Partei fernerlei Schaden zugefügt, sondern für gelegentliche Genugtuung. Das ist die schändliche Arbeiterschaft! Ihren Leuten in einer Notiz mit, in der es u. a. hieß: „Dem Militarismus in schroffer Form war die Dispositions-Exzellenz wie befehlen; jeder blanke Unformhaupthypothese sie und brachte sie in Ekstase. . . Nun, da der unschuldige alte Herr tot ist, erinnern wir uns mit Dankbarkeit mancher Stunde, die durch seine bitteren Tiraden von goldenen Heiterkeit unglänzt waren.“ — Dazu bemerkt das zartfühlende Amtsblatt: Ein Kommenar zu dieser Böbelhaftigkeit ist überflüssig. — Wir meinen, die Behandlung, die der verlorbene Sozialistenfresser-General durch die „Sächsische Arbeiterzeitung“ erfahren hat, absolut nichts „Böbelhaftes“ an sich, sondern entspricht nur dem „Verdienste“ Boguslawskis. Wir möchten jedoch anlässlich dieser Neuherung eines mädchenhaften Paragrafens daran erinnern, daß, als unser alter Liebling eben gestorben war, ein hiesiges Blatt es nicht unterlassen konnte, dem noch auf der Totenbahre liegenden Vorkämpfer unserer Partei „Gefinnungslumpelei“ vorzuwerfen. Und wenn man fragt, wie das Blatt hieß, das eine solche Böbelhaftigkeit beging, so lautet die Antwort: es war das „zartfühlende“ Amtsblatt! Und so etwas entrückt sich über die Neuherung unseres Dresdener Parteiblattes.

Auch die Heringe werden teurer! Der Stettiner Heringmarkt war in der letzten Woche sehr lebhaft. Die Preise gingen sprunghaft in die Höhe und die eingetroffenen Zufuhren konnten den Bedarf auch nicht annähernd decken. In Anbetracht der jetzigen Fleiscteneuerung wird die eventuelle Verteuerung des Heringes, eines Volksnahrungsmittels, doppelt schwer empfunden werden.

Das Alte stirzt! Auf dem Lindenplatz ist man zur Zeit damit beschäftigt, die prächtigen alten Lindenbäume, die dem Platz eine so herrliche grüne Einfassung gaben, zu fällen. Nicht ohne Wehmut muß man sehen, wie der moderne Verkehr das alte Lübeck und seine Schönheit stückweise verschlingt.

In Vertretung. Für die Dauer der Abwesenheit des Senators Eichenburg hat Senator Dr. Fehling den Vorsitz im Finanzdepartement übernommen.

Handelsregister. Am 11. September 1905 ist eingetragen: 1. bei der offenen Handelsgesellschaft Lesser u. Limann in Berlin mit Zweigniederlassung in Lübeck: Dem Kaufmann Hugo Sluawsky in Wien ist Procura erteilt. 2. bei der Firma Carl Clement in Lübeck: Die Firma ist erloschen.

Nationale Schweinefleisch. Unter den Schweinen des Arbeiters Joachim Gieseler in Schlutup ist die Schweinefleisch ausgebrochen. Der Schweinefall des Genannten ist unter Sperre gestellt.

Verzeichnisse. Am 11. September 1905 ist der Verein der Lübedischen Fleischer in Lübeck eingetragen.

Güterrechtsregister. Am 11. September 1905 ist eingetragen: 1. Dr. med. Hermann Andersch in Lübeck hat das Recht seiner Frau Ella geb. Mansch, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises seine Geschäfte für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen. 2. Der Arbeiter Otto Ernst Henry Mäkel in Lübeck hat das Recht seiner Frau Helene Amanda Olga geb. Sie m s, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises seine Geschäfte für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Sonntag fiel die zweijährige Tochter des Rohgerbers Janick in Oldesloe beim Spielen in die Trape und extrant. — Der Landmann Schmäjer und Frau aus Wändenbrook wurden in Oldesloe, als ihr Pferd mit Fuhrwerk, in dem sie saßen, durchging, mit solcher Vehemenz aus dem Wagen geschleudert, daß sie bewußtlos liegen blieben und in ein benachbartes Haus getragen werden mußten, wo ihnen ärztliche Hilfe zuteil wurde. Erst spät nachmittags konnten sie in ihr Heimatsdorf zurückbefördert werden. — Mit dem Schluß der letzten

Woche hat die Typhus-Epidemie in Preetz leider eine überraschend ungünstige Wendung genommen. Seit Donnerstag sind 11 Neuerkrankungen zu verzeichnen. — In Lühorn bei Elmhorn fiel in einem unbewachten Augenblick das 17-jährige Kind des Landmannes W. Stahl in eine mit Wasser gefüllte Tonne und extrant. — Die Gastwirtschaft in Preetz bei Preetz ist gestern morgen 3 Uhr vollständig niedergebrannt. Es konnte nur wenig gerettet werden. Die Entstehungsurache des Feuers ist unbekannt. — Ein Großfeuer brach in Kanne vorfeld das Gewebe des Hofbesizers J. S. vollständig ein. Elf Stalber und ein Pferd kamen in den Flammen um. Ueber die Entstehungsurache des Feuers ist noch nichts bekannt. — Gestern früh brannte der umfangreiche Besitz des Hofbesizers Wilhelm Guesmann in Friedrichsgavetog vollständig nieder. Man vermutet, daß das Feuer durch eine auf dem Hofe arbeitende Drehmaschine entstanden ist. — In Behrendorf wurde während eines Gewitters die Gastwirtschaft von Carl Peter von Witz getroffen und vollständig eingedestert. Die ganze Ernte wurde ein Raub der Flammen, dagegen konnten die Möbel gerettet werden. — Am Sonnabend abend 8 Uhr wurde das Haus des Landmanns Lorenz Lorenzen in der Wildbühlermarsch ein Raub der Flammen. Die Entstehungsurache hat sich nicht ermitteln lassen. Das Vieh und die Schweine konnten gerettet werden, auch die meisten Mobilien wurden geborgen.

Hamburg. Der Streik der Getreide-Arbeiter ist beendet. In der gestrigen Nacht von 3 bis 7 Uhr vom Vorstand der Hamburger Schiffs-maler und Schiffsagenten mit den Delegierten der Getreide-Schauerleute abgehaltenen Sitzung kam ein Kompromiß zustande, das in der darauf folgenden Abend-versammlung der Schauerleute deren Zustimmung fand. Das Nebenkommen gewährt bei der Beschäftigung mehrerer Gänge an einer Luke, in der verschiedene Partien lagern, bei jedem Gange 50 statt früher 60 Pfg., bei anderem lösen Getreide 50 statt 50 Pfg. pro Tonne. Die anderen Forderungen der Arbeiter: eine Verbesserung von und an Bord für sich und ihre Gattin sowie die Lieferung einiger nicht notwendiger aber nützlichwert erdichter Geräte waren schon in der Nachmittags-sitzung fallen gelassen worden. Der neue Tarif tritt für alle nach dem 1. Oktober in Angriff zu nehmenden Schiffe in Kraft. Die Arbeit soll gleich am Dienstag früh in vollem Umfange an allen Schiffen wieder aufgenommen werden. In der Versammlung der Schauerleute war von etwa 800 Leuten besucht. — Zum Streik der Isolierer. Die Isolierer und Roh-umhüller Hamburgs hielten am Sonntag eine öffentliche Versammlung ab, in der das Lohn-kommissionsmitglied Klein einen Situationsbericht gab, nach dem nur noch 15 Arbeitnehmer arbeitslos sind, während die übrigen nach Bewilligung des Lohnantrags ihre Arbeit wieder aufgenommen haben. Der Stundenlohn von 50 Pfg. für Isolierer und 40 Pfg. für Hilfsarbeiter ist mit Ausnahme einer Firma bereits bewilligt. Trotzdem wurde ein Antrag auf Fortsetzung des Streiks zur Durchbringung der übrigen Forderungen einstimmig angenommen, jedoch der Lohnkommission aufgegeben, sich nochmals mit den Firmen in Verbindung zu setzen, die nicht voll bewilligt haben. — Die Lohnbewegung der Glaser hat mit einem vollen Erfolge der Streikenden geadet. Auch die Kleinmeister haben sich fast sämtlich mit ihren früheren Gesellen verständigt, indem sie ebenfalls die neuen Bedingungen anerkannt haben. Von den ursprünglich zweihundert Streikenden sind nur noch neun arbeitslos, alle anderen arbeiten nach den neuen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Arbeiter haben dank ihrer Einmütigkeit einen schnellen Sieg errungen.

Recht. Man dementiert. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: „Von einer neuen Verletzung des Budget-rechts des Reichstages haben verschiedene Blätter, ansehend an die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“, berichtet, daß die Germaniawerk für die von ihr vor zwei Jahren, anscheinend auf eigene Kosten, in der Eternitörder Bucht ausgeführten Unterseebootversuche nachträglich vom Reichsmarineamt mit Geldern bezahlt sei, die für Versuche im Jahre 1905 vom Reichstage bewilligt worden seien. Ebenso müßten neue derartige Übungen aus noch nicht bereitgestellten Mitteln bestritten werden. Endlich sei ein von Rußland wegen eines Konstruktionsfehlers abgelehntes Unterseeboot von der Germaniawerk abgenommen und offiziell als erstes deutsches Unterseeboot bezeichnet worden. Demgegenüber liegt der Nordd. Allg. Ztg.“ zufolge folgender Tatbestand vor: „Das Reichsmarineamt bezahlte niemals der Germaniawerk auch nur einen Pfennig für die früher von dieser vorgenommenen eigenen Versuche. Die für das Jahr 1905 vom Reichstage für Unterseebootversuche bewilligte Summe von anderthalb Millionen Mark wird für Versuche mit einem bei der Germaniawerk im Bau befindlichen Unterseeboot, das zur Zeit noch nicht vom Stapel gelaufen ist, verwendet werden. Der Beginn der Versuche wird sich wegen der im Interesse der Sicherheit der zukünftigen Besatzungen verlangten sehr eingehenden Vorversuche und Erprobungen aller einzubauenden Apparate und Materialien noch voraussichtlich längere Zeit hinziehen und schließlich vor dem Spätherbst beginnen können. Angesichts der ganz besonderen Gründlichkeit und Vorsicht, welche das Reichsmarineamt beim Bau seines ersten Unterseebootes beobachten läßt, muß es als ein starkes Stück bezeichnet werden, wenn man demselben die Abnahme eines von einer anderen Nation wegen eines Konstruktionsfehlers verworfenen Bootes zumutet.“ — Diese Neuherungen der „Norddeutschen“ sind, wie gewöhnlich, mit Vorsicht aufzunehmen.

Stenberg. Ein Großfeuer kam hier in der Nacht zum 10. September zum Ausbruch. Das Haus des Büttchermeisters C. Fleischhauer brannte total nieder, im hölzernen Eckhaufe brannten das Dach und die Wohnungen im ersten Stockwerk vollständig aus, das Johannsonsche Haus wurde bis auf die Bordenmauern vernichtet und beim Röhrdanzschen Grundstück wurde der rechte Flügel sehr schwer beschädigt. Zu diesem Sachschaden müssen noch die in den Höfen gelegenen Stallgebäude, die natürlich nebst Inhalt zum größten Teile ebenfalls dem Feuer zum Opfer fielen, gerechnet werden. Der angerichtete Schaden ist demgemäß sehr groß. Von den Betroffenen sind glücklicherweise alle versichert, bis auf Büttchermeister Fleischhauer, der seine Mobilien- und Geschäft-Versicherung vor erst vier Wochen aufgegeben hat. — Der wichtigsten wie rastlosen Arbeit der hiesigen Freiwilligen Feuerwehr allein ist es zu danken, daß nicht noch mehr der alten Häuser des Spiegelbergviertels vom Feuer vernichtet wurden; dies ist umso mehr anzuerkennen, als, wie schon früher stets vergeblich beklagt, mit den veralteten Wasserleitungen Wasser nur sehr bedächtig herangeschafft werden kann. Diesmal geriet das Lübedische infolge Wassermangels zeitweilig direkt ins Stocken.

Bremen. Zum Hafenarbeiterstreik wird unförm Bremer Parteiorgan geschrieben: Der Streik der Stauerarbeiter dauert ununterbrochen fort. Die Zahl der

nach Marburg begeben. Die Verhaftung N. S. ist ein neuer Beweis dafür, wie weit Deutschland bereits russifiziert ist. Für eine Einschränkung der Grenzsperrt tritt auch das den Konservativen sehr nahe liegende christlich-soziale „Reich“ ein. — Das wird wohl wenig nützen!

Antifemterische unter sich. Der Deutsche Verein zu Frankfurt a. M. beschloß in seiner letzten Mitgliederversammlung einstimmig, aus der Deutschen Reformpartei auszuscheiden und sich der deutsch-sozialen Partei anzuschließen. — „Und so sieht man unser ganzes Leben lang...“

Die neue Tabaksteuer, die demnächst zur Hebung der ruinirten Reichsfinanzen dem Reichstage in Vorschlag gebracht wird, soll durch die halbe Burede schmachtet gemacht werden, daß es sich ja nur um die „feinen Sorten“, insbesondere die Luxuszigaretten handeln solle. In der „Südb. Tabakztg.“ wird der trügerische Schein dieser Burede der Reichsfinanzminister nachgewiesen; das Blatt führt u. a. aus: „Da hat man sich einen „windigen Bligabakter“ konstruiert; man schiebt die leichter ansehbare Zigarette vor und betont, es sei „lächerlich, von der Zigarette des armen Mannes“ zu sprechen. Das ist nur bedingt richtig. Allerdings trifft es zu, daß das Rauchen der Zigarette nicht besonders wirtschaftlich ist; eine Dreipfeunzigzigarette befriedigt den Rauchgenuß des ärmeren Konsumenten weit mehr als fünf Einpfeunzigzigaretten. Den Hauptkonsum bilden die Zigaretten in der Preislage bis 2 Pf. Dieser Konsum wahrlich hat keinerlei luxuriösen Charakter. Einerseits Geschmacksrichtung, andererseits geschäftliches Zagen und Gaffen führten zur schnell verflimmenden Zigarette. Was aber erwartet man von der Besteuerung dieses „Luxusartikels“? Nach der Produktionsstatistik von 1897 war der Faktorenwert von Zigaretten 250 Millionen Mark und jener von Zigaretten 11 Millionen Mark im Jahre. Seitdem mag sich der Produktionswert der Zigarette annähernd verdoppelt haben, während der Produktionswert der Zigaretten kaum um ein Sechstel gestiegen sein dürfte. Die Ausfuhr an Zigaretten betrug im Jahre 1904 1288 000 Mt. und die Zigarettenausfuhr erreichte die Höhe von 12 634 000 Mt. Nach der Berufsstatistik von 1904 beschäftigt die Zigarettenfabrikation 8759 Lohnarbeiter ohne die Hausarbeiter, also ungefähr bei 20. Teil der Zigarettenindustrie. Da kann man doch wohl kaum Erträge erwarten, die besonders zu Buche schlagen, selbst wenn man den Zoll auf Fabrikate und orientalische Rohstoffe verdoppelt. Im Jahre 1904 betrug der erhobene Zoll bei Zigaretten 1780 000 Mt. und von Rohstoffen aus der Türkei, Griechenland, den anderen Balkanstaaten und Rußland, deren Gesamtzufuhr keine 40 000 Doppelzentner zu 85 Mt. Zoll betrug (hierzu kommen noch Tabak, die über Triest, Rotterdam, Antwerpen eingeführt worden sind), zusammen ungefähr 4 Millionen Mark. Große Beiträge sind sonach von der Zigarette unter keinen Umständen zu erzielen, selbst wenn man „10 Zigaretten für 45 Pf.“ Detailwert unter dem Gesichtspunkte eines unentgeltlichen, zum Himmel schreiender Luxus einschätzt.“

Wenn der Gescheitene des Freiherrn v. Stengel erst vorliegt, dann wird es sich zeigen, daß es sich keineswegs nur um Besteuerung des Tabaks, der wohlhabenden Kreise handelt. Die Reichskasse braucht viel, sehr viel Geld, wenn die bisherige Ausgabewirtschaft fortgesetzt werden soll. Da reichen nicht die Steuern auf den Luxus, da rechnen man auf die Mehreinnahmen aus den Zöllen auf Getreide und andere Nahrungsmittel und ebenso wird es auch bezüglich des Tabaks wieder der Massenkonsum es sein, den man hier belasten will, weil er am meisten „zu Buche schlägt“.

Um die Gesundheit des nationalen Schweines ist Bod ängstlich besorgt; wenn man ihn so hört, so ist es nur die Furcht, daß unsere heimischen Schweine vom Auslande vertrieben werden könnten, was ihn die Deffnung der Grenzen bekämpfen läßt. Nur schade, daß unsere heimischen Schweine längst vertrieben sind, und zwar in einem sehr erheblichen Umfange. Im Jahre 1903 ist nicht ein einziger einwandfreier Fall einer Einschleppung von Schweinepest und Schweinepust beobachtet worden; wohl aber waren in den letzten neun Monaten des Jahres 1903 in Deutschland selbst nicht weniger als 1300 bis 1500 Gehäufte dauernd vertrieben. Was die am meisten in Betracht kommende Ostgrenze betrifft, so waren in den Bezirken Bregenz und Bregenz 1,4 und 1,8 Prozent aller dort existierenden Schweine vertrieben. Für Polen stellte sich diese Zahl auf 1,0, für Marienwerder auf 1,3, für Danzig auf 1,3, für Breslau auf 1,0, für Oppeln auf 0,6 und für Berlin auf 0,9 Prozent. Im Westen war der Prozentfuß weit geringer. Ist es unterdessen besser geworden? Durchaus nicht. Denn am 15. August d. J. war der Stand der Schweinepest und Schweinepust in den östlichen Provinzen folgender:

Es waren vertrieben:

Regierungsbezirk	Kreise	Gemeinden	1000	auf je	Gemeinden
Königsberg	16	53	13		
Gumbinnen	11	27	7		
Danzig	8	24	19		
Marienwerder	14	121	54		
Posen	21	69	21		
Bromberg	13	47	21		
Breslau	21	99	26		
Bregenz	19	94	37		
Oppeln	11	22	8		

Und da haben wir Furcht vor dem Auslande! Man muß doch in Betracht ziehen, daß nur ein Teil aller Seuchenfeststellungen zur Anzeige kommt, so daß in Wirklichkeit die Dinge viel schlimmer liegen. Das muß ausgesprochen werden, um die widerwärtige Heuchelei zu kennzeichnen, die mit der angeblichen Seuchenfurcht getrieben wird!

Das amtliche Wahlergebnis von der Reichstags-Erstwahl in Thorn-Kulm ist folgendes: Abgegeben wurden insgesamt 28 811 Stimmen. Davon erhielt Landdirektor Ortel (M.) 14 832, Brejzki (Pole) 13 519 und Genosse Sremzki 458 Stimmen. Ortel ist somit gewählt.

Bei den Landtagswahlen in Schwarzburg-Rudolstadt ist unsere Stimmenzahl von 4048 auf 5726 gestiegen. In zwei Kreisen muß eine Nachwahl stattfinden, da unsere Genossen doppelt gewählt sind. Das hätte sich doch jedenfalls vermeiden lassen.

Rein Disziplinarverfahren gegen den Regierungsrat Martin. Wie die „Antisozialdemokratische Korrespondenz“ hört, wird von einem Disziplinarverfahren gegen den Regierungsrat Martin Abstand genommen werden. — In Herrn Regierungsrat Martin soll übrigens der „Wunsch“ rege geworden sein, „bei passender Gelegenheit“ einen entsprechenden Tätigkeitskreis außerhalb Berlins beziehungsweise außerhalb der Sphäre der Berliner politischen Kreise und Staatsämter zu erhalten. Wer mag diesen „Wunsch“ im Herzen des Herrn Martin zum Keimen gebracht haben?

Fleischnot und Militarismus. Die Fleischnot steht immer weitere Kreise in Mitleidenschaft; sie macht sich auch den Staats- und Gemeindebehörden und allen sonstigen Anstalten, die großen Fleischverbrauch haben, sehr fühlbar. In erster Reihe sehen sich diejenigen Fleischmeister, welche Fleischlieferungen für das Militär übernommen haben, gezwungen, zu erklären, daß sie nicht mehr im Stande sind, ihren kontraktlichen Verpflichtungen nachzukommen. Sie können das zu liefern übernommene Fleisch, namentlich Schweinefleisch, nicht mehr in der Qualität beschaffen, welche die Militärbehörden verlangen. Im Auftrage der Fleischlieferanten für das Garbekorps erklärt Engroschlächtermeister Otto Künzel in der „Allgemeinen Fleischler-Zeitung“ einen Aufruf an alle Fleischlieferanten für Militärbehörden zu einer Versammlung auf Mittwoch, den 13. September, um Beschlüsse über eine an die zuständige Heeresverwaltung zu richtende Petition zu fassen, daß diese ihren Einfluß zwecks Deffnung der deutschen Grenzen für Schlachtvieh geltend mache. Falls dieser Forderung nicht stattgegeben wird, werden die Lieferanten die Lieferungen einstellen, es sei denn, daß die Militärbehörden sich damit einverstanden erklären, die Ernährung auf ein niedrigeres Niveau zu setzen. Wie die „Allg. Fleischler-Ztg.“ weiter erzählt, beabsichtigen auch die Fleischlieferanten für kommunale und sonstige öffentliche Anstalten, wie Krankenhäuser etc., die gleichen Forderungen an die betreffenden Behörden zu stellen. — Es ist gut, daß sich niemand durch die Erklärung des Herrn von Polibinski, er „erwäge“, bestimmen läßt, in Dinge zu warten, die da nach dem Ratsschluß des preussischen Reichstages kommen sollen.

Die Reichstags-Versammlung im Sinne des Senats ist auf den 7. November angelegt worden. Der bisherige Abgeordnete ist bekanntlich auf der Abschiedsreise verstorben.

Deutsche und französische Militärsatzung. Strafmilderungen in der Armee verhandelt... nicht etwa das offizielle Organ der deutschen Reichsregierung über der preussische Kriegsminister, sondern der französische Kriegsminister, der folgende Verfügung erlassen hat: „Man muß sich bemühen, die freiwillige Disziplin zu erzwingen, die auf den hohen Gefühlen der Opferbereitschaft für das Vaterland und auf dem klaren Pflichtbewußtsein beruht; man erreicht das, indem man die moralische Erziehung logisch und vernünftig entwickelt. In allen Fällen, nach besonders beim Eintritten der Rekruten, muß man sich zuerst an Ratsschläge, Bemerkungen und Ermahnungen halten, bevor man zu den Strafschritten schreitet. Man wird also den Augenblick der ersten Verstrafung möglichst hinausschieben. Denn diese hat oft einen ungeheuren Einfluß auf den Dienstleister; sie kann bei dem Rekruten Verzweiflung und Stilleherrschaft zur Folge haben, wenn sie auferlegt wird, bevor der Betroffene sich mit seinen Pflichten vertraut gemacht und eine genaue Vorstellung von den Forderungen der Disziplin erhalten hat. Der Soldat, der eine erste Verstrafung erhalten soll, muß stets dem Korps- oder Dienstchef vorgeführt werden, der darüber zu entscheiden hat, ob der Fehler aus bösem Willen oder Auflehnung oder einfach aus Unverständnis und Mangel an Instruktion begangen worden ist. In ersteren Fällen ist die Verstrafung auferlegt zu erhalten, im anderen aber während eines Monats zu suspendieren und dann völlig zu streichen, wenn der Soldat innerhalb dieser Frist keine neue Strafe zudiktieren erhält. Die Wohlthat des Strafaufschiebs kann mehrere Male denselben Soldaten zuteil werden. Bei den Hofstrafen haben die Korpschefs die Pflicht, sich über die Wirkungen des Gefängnisses auf den Gesundheits- und den moralischen Zustand der Verstraften auf dem Laufenden zu erhalten. Man darf nie zögern, eine Gefängnisstrafe zu unterbrechen, wenn der zu Rate gezogene Arzt das im Interesse der Gesundheit der Verstraften für notwendig erachtet. Ebenso darf man, wenn die Forderung ihre Wirkung hervorgebracht hat und der Verstrafte durch korrekten Dienst seine Besserung beweist, nicht die vollständige Verbüßung der Strafe abwarten, um ihn in Freiheit zu setzen. ... Es erscheint erforderlich, daß der Korpschef sich alle Soldaten nach Verbüßung ihrer Haft vorführen läßt, um sich von ihrem Gemütszustande Rechenschaft abzulegen und sie durch seine Ratsschläge zu ermuntern. Schließlich ist es von höchster Wichtigkeit, die Soldaten, die eine Gefängnisstrafe zufällig zu verbüßen haben, nicht mit den Deuten in demselben Solat zu vereinigen, die sich immer schlecht auführen und die sittlich verdothen sind.“ — Bei uns in Deutschland meint die Militärjustiz immer noch, es müsse rücksichtslos mit äußerster Strenge gegen den „gemeinen“ Soldaten, um so nachsichtiger und milder aber gegen Vorgesetzte eingeschritten werden, die als Soldatensinder sich betätigen.

Eine neue Strohpest aus Deutsch-Ostafrika. Die Hoffnungen, daß der Zustand in Deutsch-Ostafrika auf die kräftigsten beschränkt bleiben würde, haben sich nicht erfüllt. Nunmehr ist nämlich nach einer amtlichen Meldung auch tief im Innern des Landes der Zustand ausgebrochen. Das amtliche Telegramm lautet:

„Berlin, 9. September. Graf Ethen telegraphiert unter dem 8. September, daß nach einer über Kapstadt bei ihm eingegangenen Meldung des Bezirksamts Langenburg auch der Wangoni-Stamm aufständisch sei.“

Der Bezirk Langenburg liegt am Nyassa-See. Die aufständischen Wangoni gehören zur Gruppe der Sulu-Völker, und zwar zum Stamm der Masitu (Masiti), die sich vor Jahrzehnten durch ihre Kriege- und Raubzüge einen gefürchteten Ruf erworben und sich — vom Süden her vordringend — dann als Wangoni und Watuta am Nyassa-See niederließen. Die Erhebung im Bezirk Langenburg geht also von einem ungleich kriegerischeren Stamme aus, als ihn die Natumbi und Libale Leute darstellten. Der

Bezirk zählt eine Eingeborenenbevölkerung von 171 000 Köpfen. Schloß sich also die Mehrheit dieser Eingeborenen dem Aufstande an, so stände den deutschen Truppen ein schwieriger Kampf bevor. Erschwerend kommt noch in Betracht, daß, bevor von einem energischen Vorgehen gegen die Wangoni die Rede sein könnte, erst die Erhebungen in den Küstenbezirken Kufigi, Kilwa und Lindi niedergeworfen sein müßten. Inzwischen aber liegt die Gefahr vor, daß der Aufstand im Bezirk Langenburg auch auf die anderen Bezirke des Hinterlandes überspringt! Da sich im Bezirk Langenburg eine relativ zahlreiche weiße Bevölkerung von 57 Köpfen (darunter 18 Frauen und 23 Geistliche und Missionare) befindet, ist es nicht ausgeschlossen, daß demnächst auch Nachrichten über die Niederwerfung Welcher einlaufen werden! So scheint Deutsch-Ostafrika für uns in der Tat ein zweites — vielleicht noch schlimmeres! — Südwafrika werden zu sollen!

Rußland.

So sterben Feldenkämpfer! Ueber die letzten Augenblicke unseres gemordeten Genossen Kasprzak wird mitgeteilt: Um 5 Uhr morgens begab sich der Militärgeistliche in die Halle des zum Tode Verurteilten, den er trösten wollte. Kasprzak empfing ihn jedoch mit dem Vieh von der roten Fahne. Später kam ein maskierter Henker, der ihm das Totenhemd anlegte und ihn an den Händen festhielt. Kasprzak, den die 1/2-jährige Kerkerhaft physisch gebrochen hat, sah aus wie ein Mann von mehr als 60 Jahren, obwohl er erst 46 zählt. Als er seinen letzten Gang antreten sollte, richtete er sich hoch auf und schrie klaren Auges in ruhiger und klüger Haltung zum Hinrichtungsorte, der von Militär und Gendarmen umgeben war. Beim Herangehen des Galgens stolperte der Verurteilte. Als ein Henker ihm den Kopf über den Kopf stülpte, rief Kasprzak mit leiser aber deutlich vernehmbarer Stimme: „Es lebe die Revolution!“ Dann ergab er sich ruhig in sein Schicksal. Generalleutnant Skalon hatte nicht nur dem Verurteilten Kasprzak's, sondern auch dessen Frau und Sohn den Zutritt zu ihm verweigert. Es wurde ihm nicht gestattet, von seiner Angehörigen Abschied zu nehmen. — Wui!

Die Antwort. Gestern morgen um 9 Uhr wurde in allen Fabriken Warschau die Arbeit eingestellt. In den Arbeiterkreisen geht es lebhaft zu, fast ist alles ruhig. Die Sozialdemokraten haben eine Aufforderung zum Streik wegen der Hinrichtung des Sozialdemokraten Kasprzak erlassen. Starke Militärpatrouillen bewachen die Fabriken.

Henkerarbeit. Nach einer Meldung aus Genesio-pol hat dort am Sonnabend nach achtstündiger Verhandlung gegen 75 Matrosen des Panzerschiffes „Georgi Sabinow“ vom Militär- und Kriegsgericht drei Todesurteile zum Tode, 19 zu Zwangsarbeit und 33 zur Einweisung in eine Arrestantenkompanie verurteilt worden. 20 Angeklagte wurden freigesprochen.

Bezugsdikt. Aus Moskwa wird berichtet, daß Nikitowski, der Abbe der Moskauer Stadtgenossenschaft Grafen Schwalow, zu lebenslänglicher Zwangsarbeit begnadigt worden ist.

Entdeckte Waffen für die Revolution. Die Behörden von Helsingfors haben auf einer über Insel im Botschen Meerbusen drei Kilometer vom Flecken Rand 33 Kisten, die 660 Revolverkarabiner mit Bajonetten enthielten, und 60 Kisten mit 122 000 Patronen entdeckt. Die Karabiner haben das Kaliber 10 Millimeter, sind schweizerischen Fabrikats und sind fast alle schon gebraucht.

Die russische Revolutionäre gequält werden, dafür gibt folgender Bericht des Petersburger Korrespondenten der „Frl. Ztg.“ von 4. September ein treffendes Bild: Ein Vorfall, der die Stimmung des großen Publikums den russischen Offizieren gegenüber kennzeichnet, fand gestern Abend auf dem Newski bei der Namenzerkirche statt. Ein älterer Soldat hatte einen vorübergehenden Infanterieoffizier nicht gegrüßt. Der Offizier erwiderte ihm einen groben Verweis, worauf der Soldat darauf hinwies, daß sein Arm verwundet sei und er die Hand nicht bis zum Hüftende erheben könne. Ungeachtet dessen fuhr der Offizier fort, seinen Untergebenen anzujubeln und packte ihn schließlich am Aermel. Um die beiden hatte sich bereits eine schnell wachsende Menge von Zuschauern gebildet, die von solchem Vorgehen empört war und Drohungen auszusprechen begann, die bald in Tätlichkeiten überzugehen drohten. Der Offizier flüchtete in die Fruchthandlung von Kozjshew. Da die inzwischen auf mehrere hundert Köpfe angewachsene Menge ihm in die Handlung folgen wollte, wurde die Tür derselben hinter dem Offizier geschlossen. Die Haltung der Menge nahm einen immer drohenderen Charakter an und man verlangte die Auslieferung des Offiziers. Telephonisch herbeigerufenen Polizei sah sich außer Stande, die Menge, die den Gewalt, die Namens-Kaja-Straße und den gleichnamigen Platz füllte, von der Fruchthandlung zu verdrängen, was erst einer eingetroffenen Kosakenabteilung gelang. Von dieser eskortiert, fuhr der bedrohte Offizier zur Kommandantur. Allmählich gelang es einem großen Aufgebot von Polizei, die erregte Menge zu zerstreuen. — Anfang Mai sah ich Zeuge einer ähnlichen Szene gewesen, wo ein blutjunger Offizier einen Soldaten zur Rede stellte, der gegen die Vorschriften seinen Mantel über die Schulter geworfen hatte, ohne die Arme in die Aermel zu stecken. Der gemahregelte Soldat rief einen Schutzmännchen herbei, dem er befohl, den Mantel von seinen Schultern zu nehmen. Es ergab sich, daß dem Mann beide Arme amputiert waren. Der Anblick des Unglücklichen, der den strengen Offizier verwirrte, veranlaßte beim Publikum einen Wutausbruch gegen den Offizier. Nur mit Mühe gelang es diesem, unter einer Flut von Schimpfreden und wilden Drohungen, an denen sich auch der gekränkte Soldat beteiligte, in eine Drohsche zu springen und mit heller Haut davon zu kommen. Der Soldat beruhigte sich erst, als der Schutzmännchen ihm militärische Ehren erwiesen hatte. Derartige Ausbrüche gehören in letzter Zeit nicht zu den Seltenheiten. Um aber den Offizieren Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, muß ich auch von Fällen berichten, wo diese dem invaliden Soldaten, der ihnen mit Ehrenzeichen geschmückt begegnete, zuerst den militärischen Gruß boten, was den armen Kerl dann immer sichtlich rührte.

Die richtige Antwort. Der Sohn des verstorbenen Ministers von Plehwe hatte vor einiger Zeit die Absicht geäußert, die Zeitungen, die sich in scharfer Weise über die

Tätigkeit seines Vaters ausgesprochen hätten, vor Gericht zu ziehen. Auf diese hanebüchene Anklage antwortete jetzt die Zeitung „Sabakal“ mit folgendem offenem Brief an Plehwe jun.: „140 Millionen, d. h. wir, die gesamte Bevölkerung Russlands — mit Ausschluß der Räuber der allerhöchsten Gewalt des russischen Zaren und der Hofdamen in trautem Berein mit Erlingmut (Erschütterung der Moskauer „Wjedomosti“), Berg (Redakteur des „Dien“) und anderen Generälen der Literaturkolon — wie stimmen wie ein Mann überein in der „Vertung“ Ihres verstorbenen Vaters. Wir haben die ganze Schwere, die ganze lügenhafte Stumpfheit des von Vater Plehwe geschaffenen Regimes, des spezifisch Plehwe'schen Regimes, durchlebt, dessen Früchte wir während in einem Meer von Blut im inneren und äußeren Rußland jetzt genießen. Und wir, das russische Volk, brandmarken mit Verachtung die Tätigkeit dieses „Oberpolizisten“, wie sich der Hauptor Plehwe selbst zu nennen beliebt. Maljuta Skuratoff (der Hofmeister Zwans des Czarjamen) war bedeutend ehrlicher als Ihr Vater Plehwe, er war das blinde Werkzeug des zarischen Willens, aber bewußtste ihn niemals. Das russische Volk wird durch seine Gewählten und durch die Pressevertreter in der Lage sein, dem Sohn Plehwe's die gebührende Antwort zu erteilen, falls Ihr ungefüher Wank viele Formen annehmen sollte, Verleumdungen und Erbschneidungen Ihres Vater-Ministers durch die Presse zu beweisen. Wäre es nicht besser für Sie, Herr Plehwe, sich öffentlich loszusagen von den Anschauungen Ihres „Vaters“ und den weiteren einzukommen um die Erlaubnis, den Familiennamen zu wechseln?“ — Es ist bemerkenswert, daß diese Antwort nicht nur unter dem Auge der Presse erscheinen konnte, sondern auch von einer ganzen Reihe russischer Zeitungen und Blätter druckend veröffentlicht worden ist.

Hoffnungslos ist nach einer Meldung aus Tiflis vom 9. September die Lage in Waku. Wie das Telegramm weiter meldet, verahm man ein Gemüdes mehr in Waku. Malaria und Cholera. Die Verbrauchungen dauern an. Es herrscht Mangel an Wasser und Brot; die Arbeit überfordert die Bevölkerung. Der Generalgouverneur von Waku beschloß dem Volkstisch Schenkung, die „energiehften Maßnahmen“ zum Schutze der Banken zu ergreifen. Auch Sonntag dauerte in Waku das Schicksal fort. Aus dem Haus eines Mohammedaners wurde auf eine Patrone geschossen; mehrere Personen sind getötet worden. Die Polizei und das Militär verwickelten Versuche zu Wankstiftungen und Plünderungen. Die Arbeiter der übergebrannten Betriebe verlassen in Waku Waku. — Aus dem Ganzen D. S. D. ist es sehr bemerkenswerte Nachrichten etc. Viele Armeierdörfer sind ganz vernichtet. Viele Hunderte von Personen sind ermordet. Da die Militäraktionen weit entfernt sind, verzögert sich die Hilfeleistung. Die gesamte tatarische Bevölkerung ist im Aufruhr, viertausend bewaffnete Kurden vom persischen Ufer des Prastflusses haben sich der Tataren angeschlossen. Es sind Verhandlungen mit der persischen Regierung eingeleitet worden. Die in Waku befindlichen Truppen sind vollständig erschöpft. Die Tataren zeigen einen ungläubigen Fanatismus und eine vollständige Todesverachtung. Ihre Zahl ist so groß, daß die Truppen ihnen unterlegen sind. Unbeschreibliche barbarische Taten (die fast nur von der russischen Polizei gegen russische „Bewächter“ begangen worden sind, Neb) sind jetzt von den Tataren begangen worden. Alle Versuche, die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen, sind erfolglos, da die Tataren alle Angriffe der Truppen mit bewaffneter Hand zurückschlagen. Nach einem Telegramm aus Schuscha soll dort eine Ansbahnung zwischen Armenien und Tataran (?) zustande gekommen sein. Die Einwohner seien alle erzwungen und die fremden Elemente nach ihrer Heimat fortgeschafft worden. Zahlreiche Patrouillen bewachen die Stadt. General Tataraschew telegraphiert von Suscha, die ihm vorkommenden Meldungen berechtigen zu der Annahme, daß die Bevölkerung sich beruhigt. In Wirklichkeit scheint es sich so zu verhalten, daß in Schuscha, wo die Tataren sehr arg gehaßt haben, jetzt eine Art Ansbahnung herrscht. In Schuscha sind ebenfalls die Landarbeiter unruhig. Der Statthalter hat angeordnet, daß bei der geringsten Ausschreitung gegen die Gutbesitzer „energische Maßnahmen“ ergriffen werden sollen. — Der Zar hat dem Statthalter des Kaukasus befohlen, „energische Maßnahmen“ zur Unterdrückung der Unruhen in Waku zu treffen. Dieser Befehl (!) wird dieselbe Wirkung haben, als wenn der Zar dem General Kropotkin oder dessen Nachfolger Linewitsch befohlen hätte, zu fliegen. Ruhe wird in dem unglücklichen Kaukasusgebiet nicht eher wieder hergestellt sein als bis die Tataren alle Armenier niedergemetzelt oder die noch von ihnen verschont gebliebenen armenischen Arbeiter zum Verlassen des Naphthagebietes gezwungen haben werden. Ueberaus bedenklich ist es, daß jetzt sogar die auf persischem Gebiet wohnenden Tataren ihren russischen Stammesgenossen zu Hilfe kommen. Daß die korruptierte russische Regierung sich als zu schwach erweist, diesen Uebertritt der persischen Tataren auf russisches Gebiet zu hindern, versteht sich von selbst. Der Despotismus macht Bankrott auf der ganzen Linie. — Der Naphthamangel, den die Ereignisse in Waku herbeigeführt haben, macht sich bereits der russischen Industrie stark fühlbar. Wie aus Petersburg berichtet wird, haben infolge des Mangels an Naphtha für Heizungszwecke die Riga-Dorower baltischen Nikolabahn beschloßen, 10 Millionen Rub englischer Steinkohle (Lieferung September) anzukaufen, und ebenso ein gleiches Quantum Donezkohle.

Oesterreich-Ungarn.
Am allgemeinen Stimmrecht festzuhalten beschloß der gestrige Ministerrat. Damit ist die Stellung des Ministerpräsidenten Fejervarys erschüttert. — Uebrigens hat der ungarische Minister des Innern Kristoffy bei einer Wahlrede das allgemeine, geheime Wahlrecht als Erreiter aus den staatsrechtlichen Gründen bezeichnet. Man ersieht hieraus, wie weit die Wirrwalle in Ungarn bereits gediehen sind. Die Arbeiterschaft wird die Situation auszuhalten und mit aller Energie für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht einzutreten!

Italien.
Eine hübsche Leistung der staatlichen Bureautratie berichtet der „Avanti“. Der italienische

Staat kauft seine eigenen Produkte durch Vermittlung eines kapitalistischen Mittelmannes. Der Kriegsminister hat nämlich beschlossen, eine neue Art gestochener Hausschuhe für die Soldaten einzuführen, die Bestellung für die Lieferung eines ersten Postens von 5000 Paaren und weitere regelmäßige Lieferungen einer Firma von Alexandria übertragen. Diese Firma, die selbst diese Hausschuhe nicht produziert, erkundigte sich nun nach dem besten und billigsten Lieferanten und fand, daß dieselben Schuhe in verschiedenen staatlichen Fabrikanstalten hergestellt werden. Sie kauft die Schuhe also vom Ministerium des Innern, um sie dem Kriegsministerium zu verkaufen! Natürlich mit entsprechendem Verdienst, denn ohne den geht es bei solchen Geschäften ja nicht ab.

Spanien.
Blutige Wahlen. Die spanischen Wahlen haben am Sonntag stattgefunden. Von den Wahlen zur Deputiertenkammer sind bis Montagmittag folgende Ergebnisse bekannt geworden: Gewählt sind 140 Ministerielle, 64 Konservative, 23 Republikaner, 6 Unabhängige, 2 Regionalisten, 3 Sozialisten. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, sichern die Wahlen der Regierung eine erhebliche Majorität in den nächsten Cortes. Die Wahlen liefen in vielen Orten Unruhen hervor. Bei einem Zusammenstoß zwischen Katholiken und Republikanern in Valencia wurde ein junges Mädchen getötet und mehrere Personen verletzt. Weitere Unruhen fanden in Cordoba, Alcala, Lorca, Murcia, Toledo, Baena und Cerro de Pasco statt, doch ist angeblich die „Ordnung“ überall wiederhergestellt.

Die Lage von Wackerbühlern aller Branchen nach Lübeck ist fernzuhalten!
Zuzug von Arbeitern und Arbeiterinnen ist fernzuhalten von der Schutzwehr Industrie, von Arbeitern von der Wackerbühlerei in Schütten und von der Sägemühle von Hohenbrunn in Venedig.

Nationalliberaler Anstaltsgehilfe. Bekanntlich hat vor einigen Tagen der weniger wegen seiner militärischen Eigenschaften als durch seinen fanatischen Haß gegen die Sozialdemokratie bekannt gewordene General Boguslawski. Auch die sozialdemokratische Presse nahm Notiz von diesem Todesfall; sie hatte natürlich keine Veranlassung, einem Menschen Gutes nachzureden, von dem alle Welt weiß, daß keine ganzen Pamphlete nur güttschwollene Tiraden gegen die Sozialdemokratie enthielten. Allerdings hatte Boguslawski durch seine sehr jähwärtige Tätigkeit unserer Partei schwerer Schaden zugefügt, sondern für gelegentliche Dienste gut. Das teilte die „Sächsische Arbeiterzeitung“ ihren Lesern in einer Notiz mit, in der es u. a. hieß: „Vom Militarismus in schroffster Form war die Dispositions-Exzellenz wie besessen; jeder blanke Ungehorsam hypnotisierte sie und brachte sie in Ekstase. . . Nun, da der unglückliche alte Herr tot ist, erinnern wir uns mit Dankbarkeit mancher Stunde, die durch seine bitteren Tiraden von goldener Heiterkeit unglücklich waren.“ — Dazu bemerkt das zariführende Amtsblatt: Ein Kommentar zu dieser Böbelhaftigkeit ist überflüssig. — Wir meinen, die Behandlung, die der verstorbene Sozialistenführer-General durch die „Sächsische Arbeiterzeitung“ erfahren hat, absolut nichts Böbelhaftes an sich, sondern entspricht nur dem Verdienste Boguslawskis. Wir möchten jedoch anlässlich dieser Verurteilung eines mächtigen Parteigenossen daran erinnern, daß, als unser alter Liebling eben gestorben war, ein hiesiges Blatt es nicht unterlassen konnte, dem noch auf der Totenbahre liegenden Kämpfer unserer Partei „Gesinnungslumperei“ vorzuwerfen. Und wenn man fragt, wie das Blatt hieß, das eine solche Böbelhaftigkeit beging, so lautet die Antwort: es war das „zariführende“ Amtsblatt! Und so etwas entkräftet sich über die Verurteilung unseres Dresdener Parteiblattes.

Auch die Heringe werden teurer! Der Stettiner Heringsmarkt war in der letzten Woche sehr lebhaft. Die Preise gingen sprunghaft in die Höhe und die eingetroffenen Zufuhren konnten den Bedarf auch nicht annähernd decken. In Anbetracht der jetzigen Fleischteuerung wird die eventuelle Verteuerung des Heringes, eines Volksnahrungsmittels, doppelt schwer empfunden werden.

Das Alte stirzt! Auf dem Lindenplatz ist man zur Zeit damit beschäftigt, die prachtvollen alten Lindenbäume, die dem Platz eine so herrliche grüne Einfassung gaben, zu fällen. Nicht ohne Wehmut muß man sehen, wie der moderne Verkehr das alte Lübeck und seine Schönheit Stückweise vernichtet.

In Vertretung. Für die Dauer der Abwesenheit des Senators Eichenburg hat Senator Dr. Fehling den Vorsitz im Finanzdepartement übernommen.

Handelsregister. Am 11. September 1905 ist eingetragen: 1. bei der offenen Handelsgesellschaft Vesser u. Limann in Berlin mit Zweigniederlassung in Lübeck: Dem Kaufmann Hugo Sluzewsky in Wien ist Procura erteilt. 2. bei der Firma Carl Clement in Lübeck: Die Firma ist erloschen.

Nationale Schweinefleisch. Unter den Schweinen des Arbeiters Joachim Gieseler in Schütten ist die Schweinefleuche ausgebrochen. Der Schweinefleisch des Genannten ist unter Sperre gestellt.

Vereinsregister. Am 11. September 1905 ist der Verein der Lübeckischen Fleischer in Lübeck eingetragen.

Güterrechtsregister. Am 11. September 1905 ist eingetragen: 1. Dr. med. Hermann Andersch in Lübeck hat das Recht seiner Frau Ella geb. Manisch, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises seine Geschäfte für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen. 2. Der Arbeiter Otto Ernst Henry Mükel in Lübeck hat das Recht seiner Frau Helene Amanda Olga geb. Siem, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises seine Geschäfte für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen.

Neine Chronik der Nachbargebiete. Sonntag fiel die zweijährige Tochter des Lohgerbers Janick in Olde-Sloe beim Spielen in die Trape und ertrank. — Der Landmann Schmäser und Frau aus Mönkenbrook wurden in Olde-Sloe, als ihr Pferd mit Führer, in dem sie saßen, durchging, mit folger Behemung aus dem Wagen geschleudert, daß sie bewußtlos liegen blieben und in ein benachbartes Haus getragen werden mußten, wo ihnen ärztliche Hilfe zuteil wurde. Erst spät nachmittags konnten sie in ihr Heimatdorf zurückbefördert werden. — Mit dem Schluß der letzten

Woche hat die Typhus-Epidemie in Breeb leider eine überraschend ungünstige Wendung genommen. Seit Donnerstag sind 11 Neuerkrankungen zu verzeichnen. — In Lühorn bei Elmshorn fiel in einem unbewachten Augenblick das 1 1/2-jährige Kind des Landmannes W. Stahl in eine mit Wasser gefüllte Tonne und ertrank. — Die Gastwirtschaft in Flebbe bei Fehle ist gestern morgen 8 Uhr vollständig niedergebrannt. Es konnte nur wenig gerettet werden. Die Entstehungsurache des Feuers ist unbekannt. — Ein Großfeuer richtete im Rannemoorfeld das Gewebe des Hofbesizers Jbs vollständig ein. Elf Kälber und ein Pferd kamen in den Flammen um. Ueber die Entstehungsurache des Feuers ist noch nichts bekannt. — Gestern früh brannte der umfangreiche Besitz des Hofbesizers Wilhelm Guesmann in Friedrichsgabelog vollständig nieder. Man vermutet, daß das Feuer durch eine auf dem Hofe arbeitende Dreschmaschine entstanden ist. — In Wehrendorf wurde während eines Gewitters die Gastwirtschaft von Carl Peterse vom Wlk getroffen und vollständig eingekassiert. Die ganze Ernte wurde ein Raub der Flammen, dagegen konnten die Möbel gerettet werden. — Am Sonnabend abend 8 Uhr wurde das Haus des Landmanns Lorenz Lorenzen in der Wldstebermarsch ein Raub der Flammen. Die Entstehungsurache hat sich nicht ermitteln lassen. Das Vieh und die Schweine konnten gerettet werden, auch die meisten Mobilien wurden gerettet.

Hamburg. Der Streit der Getreide-Arbeiter ist beendet. Ja der gestern Nachmittag von 3 bis 7 Uhr vom Vorstand der Hamburger Schiffsmüller und Schiffsdreher mit den Delegierten der Getreide-Schauerleute abgehaltenen Sitzung kam ein Kompromiß zustande, das in der darauf folgenden Abendversammlung der Schauerleute deren Zustimmung fand. Das Uebereinkommen gewährt bei der Beschäftigung mehrerer Gänge an einer Mühle, in der verschiedene Partien lagern, bei jedem Gange 50 statt früher 60 Pfg. bei anderem lösen Getreide 50 statt 60 Pfg. pro Tonne. Die anderen Forderungen der Arbeiter: eine Beförderung von und au Bord für sich und ihre Geräte sowie die Lieferung einiger nicht notwendiger aber wünschenswert erachteter Geräte waren gegen die Nachmittags-Sitzung fallen gelassen worden. Der neue Tarif tritt für alle nach dem 1. Oktober in Angriff zu nehmenden Schiffe in Kraft. Die Arbeit soll gleich am Dienstag früh in vollem Umfange an allen Schiffen wieder aufgenommen werden. Die Versammlung der Schauerleute war von etwa 800 Leuten besucht. — Zum Streit der Isolierer. Die Isolierer und Holzumhüller Hamburgs hielten am Sonntag eine öffentliche Versammlung ab, in der das Lohnkommissionsmitglied Klein einen Situationsbericht gab, nach dem nur noch 15 Arbeitnehmer arbeitslos sind, während die übrigen nach Bewilligung des Lohnanspruchs ihre Arbeit wieder aufgenommen haben. Der Stundenlohn von 55 Pfg. für Isolierer und 40 Pfg. für Hülfsarbeiter ist mit Ausnahme einer Firma bereits bewilligt. Trotzdem wurde ein Antrag auf Fortsetzung des Streits zur Durchbringung der übrigen Forderungen einstimmig angenommen, jedoch der Lohnkommission aufgegeben, sich nochmals mit den Firmen in Verbindung zu setzen, die nicht voll bewilligt haben. — Die Lohnbewegung der Glaser hat mit einem vollen Erfolge der Streikenden geendet. Auch die Kleinmeister haben sich schließlich mit ihren früheren Gesellen verständigt, indem sie ebenfalls die neuen Bedingungen anerkannt haben. Von den ursprünglich zweihundert Streikenden sind nur noch neun arbeitslos, alle anderen arbeiten nach den neuen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Arbeiter haben dank ihrer Einmütigkeit einen schnellen Sieg errungen.

Siel. Man demontiert. Die „Nordd. Allg. Stg.“ schreibt: Von einer neuen Verlebung des Budgetrechtes des Reichstages haben verschiedene Blätter, ansehend an die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“, berichtet, daß die Germania-Werft für die von ihr vor zwei Jahren, anscheinend auf eigene Kosten, in der Ederförder Nacht ausgeführten Unterseebootversuche nachträglich vom Reichsmarineamt mit Geldern bezahlt sei, die für Versuche im Jahre 1905 vom Reichstag bewilligt worden seien. Ebenfalls müßten neue derartige Uebungen aus noch nicht bereitgestellten Mitteln bestritten werden. Endlich sei ein von Rußland wegen eines Konstruktionsfehlers abgelehntes Unterseeboot von der Germania-Werft abgenommen und offiziell als erstes deutsches Unterseeboot bezeichnet worden. Demgegenüber liegt der „Nordd. Allg. Stg.“ zufolge folgender Tatbestand vor: „Das Reichsmarineamt bezahlte niemals der Germania-Werft auch nur einen Pfennig für die früher von dieser vorgenommenen eigenen Versuche. Die für das Jahr 1905 vom Reichstag für Unterseebootversuche bewilligte Summe von anderthalb Millionen Mark wird für Versuche mit einem bei der Germania-Werft im Bau befindlichen Unterseeboot, das zur Zeit noch nicht vom Stapel gelassen ist, verwendet werden. Der Beginn der Versuche wird sich wegen der im Interesse der Sicherheit der zukünftigen Besatzungen verlangten sehr eingehenden Vorversuche und Erprobungen aller einzu bauenden Apparate und Materialien noch voraussichtlich längere Zeit hinziehen und schwerlich vor dem Spätherbst beginnen können. Angesichts der ganz besonderen Gründlichkeit und Vorsicht, welche das Reichsmarineamt beim Bau seines ersten Unterseebootes beobachten läßt, muß es als ein starkes Stück bezeichnet werden, wenn man demselben die Abnahme eines von einer andern Nation wegen eines Konstruktionsfehlers verworfenen Bootes zumutet.“ — Diese Verurteilungen der „Norddeutschen“ sind, wie gewöhnlich, mit Vorsicht aufzunehmen.

Sternberg. Ein Großfeuer kam hier in der Nacht zum 10. September zum Ausbruch. Das Haus des Böttchermeysters C. Fleischer brannte total nieder, im Kellerlichen Schaube brannten das Dach und die Wohnungen im ersten Stockwerk vollständig aus, das Johannson'sche Haus wurde bis auf die Fundamente vernichtet und beim Köhrdanzschen Grundstück wurde der rechte Flügel sehr schwer beschädigt. Zu diesem Sachschaden müssen noch die in den Höfen gelegenen Stallgebäude, die natürlich nebst Inhalt zum größten Teile ebenfalls dem Feuer zum Opfer fielen, gerechnet werden. Der angezeigte Schaden ist demgemäß sehr groß. Von den Betroffenen sind glücklicherweise alle versichert, bis auf Böttchermeyster Fleischer, der seine Mobilien- und Geschäftsversicherung vor erst vier Wochen aufgegeben hat. — Der unglücklichen wie rastlosen Arbeit der hiesigen freiwilligen Feuerwehr allein ist es zu danken, daß nicht noch mehr der alten Häuser des Spiegelbergviertels vom Feuer vernichtet wurden; dies ist umso mehr anzuerkennen, als, wie schon früher stets vergeblich beklagt, mit den veralteten Wasserleitungen Wasser nur sehr bedächtig herangeschafft werden kann. Diesmal geriet das Abblöcken infolge Wassermangels zeitweilig direkt ins Stocken. — **Bremen.** Zum Hafenarbeiterstreik wird unserm Bremer Parteiorgan geschrieben: Der Streit der Stauerarbeiter dauert unverändert fort. Die Zahl der

Streikenden beträgt 490 mit über 800 Kindern, dagegen arbeiten zu den neuen Bedingungen ca. 120 Mann mit über 200 Kindern. In nächster Woche laufen noch mehrere Dampfer ein, die für die Streikenden in Betracht kommen, so daß die Zahl der zu den neuen Bedingungen Arbeitenden die obige Zahl wohl noch übersteigen wird. Die Stimmung im Streiklager ist eine recht gute. Daß die Unternehmer sehr gut die Forderungen der Streikenden berücksichtigen können, zeigt täglich die enorme Nachfrage nach Arbeitskräften. Es finden sich viele Fuhrleute und Klüper, die 5 Mk. bis 5,50 Mk. pro Tag zahlen, also mehr als unsere Forderung beträgt. Die Mauthreiter der Unternehmer sind eine besondere Spezies von Menschen, z. B. Sträflinge, die wir in unserem Verbande wegen unehrenhafter Handlungen laut Statut nicht mehr aufnehmen können; sie alle bilden jetzt die Lieblinge des Unternehmertums.

Der Oberschweinemeister.

Jetzt fange ich vom dicken Bob!
Wo ist ein Mann, wie er?
Das ist die erste Preisenzucht,
An Zeit und Weisheit schwer.

Der Magen gut, Verbauung flott,
Geschaffen für die Mast!
Mein liebes Deutschland, freue dich,
Daß einen Bob Du hast.

Das ist ein Mann, der froht von Fett
Und darum von Genie!
Das ist ein Mann, der hegt doch für
Das Maßvieh Sympathie.

Und seines Herzens Ideal,
Das ist das deutsche Schwein;
Das Valerauge überwacht
Sein Wachsen und Gedeh'n.

Stößt unversehens vor den Bauch
Den Bob ein schwerer Fall,
Und wird die Böjung ihm recht schwer,
Sicht er zum Schweinefall.

Das Ferkel quast, es genügt die Sau.
Und Bob wird inspiriert;
Das sind die Stunden, da der Bob
So genial regiert.

Da macht der Bob im Schweinefall
Die Wirtschaftspolitik!

So solchen Staatsmann je die Welt,
So weise und so dick!

Und hält' ich einen Vorberbaum,
Schwoll wäre der entlaubt,
Und einen Kranz, den schlänge ich
Dem Bob um's edle Haupt.

Doch weilt mir Vorber nicht zur Hand,
Sei ihm dies Lied geweiht,
Und Ober'schweinemeister heißt
Der Bob von dieser Welt!

(Hbg. Echo)

Aus Nord und Herin.

Folgeschweres Straßenbahnunglück. Zwei elektrische Straßenbahnwagen stießen am Sonnabend nachmittag in einer Kurve beim Storchmarkt in Göteborg zusammen. Ein Wagen stürzte in den Kanal. Einige Passagiere konnten im letzten Augenblick abspringen, die anderen mit dem Wagenführer stießen ins Wasser, wobei eine Person umkam. Acht andere wurden mehr oder weniger schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht.

Die Lage der japanischen Proletarin ist im höchsten Grade trübselig und bejammenswert. Der tapfere „Chokugen“, unser japanisches Wochenblatt, brachte eine Spezialnummer, die sich mit der Frauenfrage beschäftigte. Darin sagt er unter anderem: „Die japanischen Frauen stehen förmlich unter dem Joche der Männer. Die Mädchen sind Eigentum ihres Vaters, Eigentum genau in dem Sinne, als wenn es sich um leblose Gegenstände handelte! Sie werden zwangsweise mit irgend einem Manne verheiratet, den der Vater nach Gutdünken auswählt, ohne sich um den Wunsch oder Zustimmung der Tochter zu kümmern. Nach der Verheiratung gehören die Frauen dem Manne, wie sie vorher dem Vater gehörten! Sie haben dem Gatten als Objekte seiner Lust zu dienen, als Gehirnschleim zu fungieren und werden als Hausgalkatzen betrachtet. Oberhalb dieser sie vielfach von ihren brutalen Männern geschlagen und mit Faustschlägen regaled! Gar manche Frau wird mit samt ihren Kindern von Manne im Stiche gelassen. Viele müssen hart arbeiten, jedoch sie sich vorkommen, als seien sie in Ketten geschnitten. Die Mädchen, die das Glück oder das Unglück haben, hübsch zu sein, werden fast alle zur Prostitution gezwungen, durch die Japan ja so berüchtigt in der Welt ist. Von den Tausenden und Aber-tausenden Fabrikmädchen werden die meisten frühzeitig. Bei alledem hat die Frauenbewegung in Japan in der letzten Zeit große Fortschritte gemacht, allerdings einzig und allein

aus dem Grunde, weil die Frauen sich immer dringender gezwungen haben, im Wettbewerb mit dem Manne in dem Kampfe ums Dasein einzutreten. . . . So gibt es denn bereits Bäckerinnen, Lehrerinnen, Telefonistinnen, Ladenmädchen usw. Das sind aber auch die einzigen Frauen in ganz Japan, die anfangen, zum Bewußtsein ihrer ökonomischen Lage zu erwachen. Die Zahl der Sozialistinnen ist demzufolge noch recht klein, aber sie steigt doch beständig; das Hauptkontingent stellen Studentinnen und gelehrte Handwerkerinnen. Einmal wöchentlich wird von der sozialdemokratischen Partei eine Frauenversammlung abgehalten; der Bundeskreis ist zwar klein, doch hoffen die japanischen Arbeiter und Genossinnen, daß sich hier die Keime zu einer großen Frauenbewegung der Zukunft entfalten.“

Reize Nachrichten.

Berlin. Familien-drama. Montag früh warf die Arbeiterfrau Fädler ihren fünfjährigen Sohn aus dem Fenster ihrer im fünften Stockwerk in der Poststraße gelegenen Wohnung hinab und stürzte sich sodann, nachdem sie Lyfoll getrunken hatte, selbst hinab. Beide waren sofort tot. Der Beweggrund liegt vermutlich in ehelichen Zwistigkeiten.

Frankfurt a. M. Auf dem Main gefentert ist das mit vier Personen besetzte Ruderboot des Bankiers Kestler aus Frankfurt a. M. Bankier Kestler und ein Begleiter konnten sich retten, zwei junge Unverwandte Kestlers ertranken.

Trier. Vestalische Lehrerin. Die katholische Mädchenschule im Moselort Bjalzel wurde auf Verfügung der zuständigen Behörde geschlossen. Ein zwölfjähriges Mädchen war von einer Lehrerin so gequält worden, daß es eine Beilang in Lebensgefahr schwebte.

Briefkasten.

Vogelw. Ich komme. L.

Quittung.

Für die russischen Freiheitskämpfer gingen bei uns ein:
Von M. B. S. M. durch M. S. Expedition des „L. W.“ 27,10 Mk.

Mittliche Notierungen der Produktendörse.

Inländisches Getreide. Lübeck, 11. September.
Weizen, 128-132 Pfd. holl. Mt. 158-160, Roggen, 125 Pfd., Mt. 141 bis —, Hafer, je nach Qualität, Mt. 135-147, Gerste, je nach Qualität, Mt. 140-150.

Die glückliche Geburt einer gesunden Tochter zeigen hochachtungsvoll
Heinrich Höper und Frau,
Stodolsdorf.

Zu vermieten zwei Wohnungen mit drei Zimmern, Küche und sämtl. Zubehör, Miete 250 und 240 Mk.
Wolfsinger Allee 43

Jugendliche Arbeiterinnen
finden dauernde Arbeit in meiner Tabakfabrik
E. Wiencke.

Gesucht eine Pflückerin
auf seine Wäsche für fünf Tage in der Woche, bei gutem Lohn Off. unt. P. W. an d. Exp. d. Bl.

Zu verkaufen 1 Sofa und Polsterstühle, 1 türiges lackiertes Vertikow, 1 Eschrank und 1 Ziehharmonika
Glandornstraße 28, II.

Ein großer, guterhaltener Schloßkorb, und ein starker Kinderwagen billig zu verkaufen
Elsavistraße 5.

Zu verkaufen 4. und 5. Jahrg. „Sreha“ und „Muser Blatt“ sehr billig
Kaltenhof 25

Billig zu verk. ein Sportwagen
Werberstraße 6, III.

Zu verkaufen eine Wasserronne und eine Bettstelle Biegestr. 15 b. Zu bes. abds 7 Uhr.

Junge Buben zu verschenken.
G. Drews, Moritweg.

Ein großer wachsender Hund
zu verkaufen Schmidt, Ravensbusch.

Gesunden ein Paket mit Arbeitszeug am Sonnabend abend. Abuh. Steinraderweg 28 a.

Ausnahmetage sind vorüber.
Fidèle Gesellschaft Schmartzauer Allee?

Unter Garantie der Haltbarkeit werden neue email Böden unter alte email Töpfe gesetzt.
Menastraße 19.

Feuerversicherung schließt ab unter günstigen Bedingungen A. Beckmann, Friedenstr. 47.

Vom Abbruchlager billig zu verkaufen: Türen, Windfänge, Fensterluchten, Fenster, eichene und föhrene Balken, Bretter, Bauholz, 2 Kachelherde, eiserne Ofen, Träger, Rohre, Säulen, Dachpfannen, Brennholz per Mt. 4,50 Mk.
H. Hartog, Kanalstr., unter d. Glodengießerstr.

Mittwoch morgen Prima junges Ziegenfleisch 30/40
Markthalle 35 Stand 35.

Empfehlungs-Karten liefert prompt und sauber
Die Druckerei des Ldb. Volksboten,
Johannisstraße 50.

**Ihren zeitigen . 1,50.
Jeden einzeln . 1,00.
1 Jahr Garantie.
Uhrmacher 1. Qual. O. B. C.
Aug. Dittmer,
Uhrmacher,
Hauptstraße 32.**

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege.
H. Schreiber, Wafnstr. 8.

Zwetschen
Mittwoch ein Waggon Zwetschen an der Bahn, große schöne Frucht, zum Einmachen, Korbmare, billig, Produktenstrang, 1. Wallstraße.
J. Peters.

Achtung! Achtung! Achtung!
H. Zwetschen H.
Hochfein zum Einmachen,
das Pfund 10 Pfg.
Fr. Daniels
Stabenstr. 39, Verkauf hinten vom Lager.

Wiegel's Konservierungs-Honig-Essig
ist von vielen Hausfrauen als der beste Einmache-Essig anerkannt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch den 13. September.
Tages-Ordnung:

1. Kartellbericht.
 2. Wie stellen sich die Kollegen zur Anstellung eines Geschäftsführers?
 3. Verschiedenes.
- Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Prima Zwetschen
Pfund nur 10 Pfg.
Prima schwedische
Kronsbeeren.
Alle Sorten
Äpfel u. Birnen
hochfeiner Blumenkohl
empfehlen billigst
Gebrüder Spies
Fernsprecher 1718. Braunkstraße 28.

Den Eingang sämtl. Neuheiten für die Winter-Saison 1906
besuche ich mich ergebenst anzusehen.
Ein Posten Herren Anzüge und Hosen zu jedem annehmbaren Preise.
F. Dahl's Warenkaufhaus
Dornestraße 8

Passend für Brautleute!
Billig zu verkaufen:
1 sehr schönes Sofa
4 Stühle
1 Vertikow
1 Sofatisch
2 Bettstellen mit Matratze
1 Kleiderschrank
umständelhalber für annehm. Preis.
Johannisstr. 23, I.
Kann auch bis Abnahme lagern.

Zigarren à 5 u. 6 Pfg.
in vorzüglicher Qualität empfiehlt
Hermann Kersten
Zigarrengeschäft, ob. Süßstr. 12.
NB. Russ. u. türk. Zigaretten.
Probieren Sie bitte meine
London Docks à 5 Pfg.
Sigillo No. 55 à 5 Pfg.
Victoria Nr. 15 à 6 Pfg.
Borstenlauden Nr. 15 à 5 Pfg.
Felix Brasil Nr. 95 à 5 Pfg.
Senator No. 26 à 6 Pfg.
Gloria Bremens Nr. 66 à 6 Pfg.
Victoria Nr. 96 à 6 Pfg.
Monika Nr. 106 à 6 Pfg.
Felix Brasil Nr. 46 à 6 Pfg.
Mexico Nr. 116 à 6 Pfg.
Borneo Schutz 3 St. 20 Pfg.

Konsumverein für Lübeck u. Umg. (C. G. m. b. H.)
Unseren werten Mitgliedern zur gefälligen Kenntnisnahme, daß diejenigen Mitglieder, welche Feuerungs- und Brennmaterialien zu Vorzugspreisen zu erhalten wünschen, nähere Auskunft in unserem Geschäftslokal, Fischmarktstraße 30, erhalten können. Dasselbst werden auch Bestellungen auf Kartons bis zum 20. d. angenommen. — Wir bitten unsere Mitglieder, welche ihren Geschäftsanteil noch nicht voll eingezahlt haben, diesen in unserem Geschäftslokal in Zukunft zu entrichten. — Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ liegt zu jedermanns Einsicht in der Deffentlichen Veschalle, sowie im „Bereinshaus“ aus.
Der Vorstand.

Achtung! Tapezierer!
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch den 13. Septbr.
abends 8 1/2 Uhr
bei Rumohr, Marlesgrube 22.
Gewerkschafts- u. Genossenschaftsbewegung.
Referat vom Genossen Womack.
Erscheinen ist dringend nötig.
Der Vorstand.

Die Arbeitslosenzählungen deutscher Gewerkschaften.

Vom Statistischen Amt im Reichsamt des Innern werden seit zwei Jahren Vierteljahres Uebersichten über die Arbeitslosigkeit in den deutschen Gewerkschaften veröffentlicht, soweit die Gewerkschaften Unterstützung an die Arbeitslosen zahlen und somit eine Kontrolle ihrer arbeitslosen Mitglieder vornehmen. Die Statistik wird in der Weise durchgeführt, daß am Schlusse eines jeden Quartals jede Zweigstelle oder jeder Ortsverein ein Formular ausfüllt, welches an seine Zentralstelle sendet, und erst die Zentralstelle die sämtlichen Einzelberichte in einer Uebersichts-Tabelle mittels einer Nachweisung an das Statistische Amt weitergibt. Bei diesen Zählungen sollen solche Personen als arbeitslos gezählt werden, die wirklich aus Mangel an Arbeit beschäftigungslos sind.

Die Zahlen der arbeitslosen Mitglieder werden nach zwei Gesichtspunkten erfasst: einmal wird die Zahl der innerhalb des Quartals arbeitslos gewordenen Mitglieder erfasst; außerdem aber wird die Zahl der am letzten Tage jeden Quartals, also an vier Stichtagen im Jahre arbeitslosen Mitglieder festgestellt. Dabei wird ein Mitglied, das innerhalb des Quartals wiederholt arbeitslos wurde, nachdem es inzwischen in Arbeit gestanden hatte, auch wiederholt gezählt. Die Ergebnisse dieser Arbeitslosenzählungen an den Stichtagen, d. h. also am Schlusse eines jeden Quartals waren bisher folgende: Es wurden gezählt

am	unter Mitgliefern	Arbeitslos	in Proz.
30. Juni 1903	213 962	6 758	3,9
30. Sept. 1903	414 855	9 713	1,8
31. Dez. 1903	429 318	11 030	2,2
31. März 1904	446 712	8 615	1,9
30. Juni 1904	547 525	10 485	1,9
30. Sept. 1904	589 928	11 083	1,8
31. Dez. 1904	641 653	14 771	2,6
31. März 1905	782 029	12 131	1,6
30. Juni 1905	845 218	12 937	1,6

Wenn man diese Ergebnisse kritisch hinwinkt, wie es vielfach geschieht, so ergibt sich aus ihnen ein überaus niedriger Stand der Arbeitslosigkeit. In der Tat trägt die Haltung des Reichsarbeitsblattes viel dazu bei, daß mit diesen Ziffern Mißbrauch getrieben wird. Und doch müßte immer und immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die Ergebnisse dieser Arbeitslosen-Zählungen nicht im mindesten den Stand der wirklichen Arbeitslosigkeit unter der organisierten Arbeiterschaft auch nur annähernd angeben. Das Statistische Amt trägt durch seine Haltung diesen Ziffern gegenüber eine sehr große Verantwortung. Es hat sie z. B. in das statistische Jahrbuch des Deutschen Reiches für 1905 aufgenommen, ohne den letzten Hinweis auf die zweifelhafte Tatsache, daß die Ziffern weit hinter der Wirklichkeit zurückbleiben.

Welche Folgen solche amtliche Ziffern aber anzuerkennen vermögen, darüber dürfte das kaiserliche Statistische Amt allmählich informiert sein. In England sind die deutschen Ziffern in ganz ungehöriger Weise zu politischen Zwecken ausgenutzt worden, da man eben annahm, diese offiziellen Ziffern entsprächen der Wirklichkeit. In England ergeben die Arbeitslosenzählungen, die auch dort von den Arbeiter-Organisationen allmonatlich vorgenommen werden, durchweg einen viel höheren Stand der Arbeitslosigkeit als die Zählungen bei uns. Schon längst hätte ein Vergleich mit dem Auslande das kaiserliche Statistische Amt von der Unzulänglichkeit der deutschen Zählungen überzeugen müssen. Auch eine genauere Kenntnis der Lage des Arbeitsmarktes hätte zu der Erkenntnis geführt, daß die deutschen Arbeitslosenziffern zu niedrig sind. Aber das kaiserliche Statistische Amt kümmert sich offenbar um eine richtige Durchführung der Zählungen

überhaupt nicht; es nimmt einfach die Ergebnisse der Zentralstellen entgegen und veröffentlicht diese, ohne sich um die Richtigkeit der gemeldeten Ziffern zu kümmern.

Es ist ganz selbstverständlich, daß die vielen kleinen Zweigstellen und Ortsvereine nicht ohne weiteres die Aufnahmen einwandfrei machen können. Es ist vor allem zu vermuten, daß die nicht unterstützten Arbeitslosen zu einem sehr hohen Prozentsatz in den Zählungen ganz unberücksichtigt bleiben, weil diese sich nicht immer sofort melden oder aus sonstigen Gründen. Kurz und gut, die Ziffern sind falsch, und nur eine Kontrolle der Zählungen kann die Fehlerquellen, die sicher vorhanden sind, genau ermitteln. Auch im Interesse der Arbeiter liegt es, daß die Zählungen genaue Ergebnisse liefern. Denn wenn in absehbarer Zeit wieder die Arbeitslosigkeit steigt und die Arbeiter für Massenarbeiten eintreten, so könnten falsche Ziffern, die unter ihrer Mitwirkung zustande kommen und dem amtlichen Stempel obendrein tragen, ihnen sehr verhängnisvoll werden.

In den Gemeindevertretungen, in den Parlamenten und in der Presse würde man die Vertreter der Arbeiter mit ihren Klagen über die Höhe der Arbeitslosigkeit unter Hinweis auf diese falschen Ziffern, die bis dahin als richtig hin genommen wurden, kurzerhand abweisen. Würden doch diese Zählungen den Stand der Arbeitslosigkeit weit niedriger einschätzen lassen, als er in Wirklichkeit ist. Eine Verbesserung der Zählungen ist aber nicht erst anzustreben in Zeiten, in denen die Arbeitslosigkeit steigt, sondern gerade jetzt, wo ihr Wert noch nicht so aktuell ist, wie bei einem gewerblichen Niedergang. Wenn aber schon einmal an eine gründliche Besserung herangegangen wird, so empfiehlt sich außerdem auch, die Zählungen monatlich zu wiederholen, wie dies in anderen Ländern schon der Fall ist, und die Ergebnisse nicht nur nach Gewerben zu veröffentlichen, sondern auch nach Landestellen, sowie unter besonderer Ausschreibung der Großstädte. Für die Kommunal-Verwaltungen ist die Kenntnis der Bewegung der Arbeitslosigkeit von besonderem Werte.

Die herrschenden Klassen rühren zwar nicht gern an das Gland der Arbeitslosigkeit; denn jeder Arbeitslose ist ein Ankläger gegen die kapitalistische Staatsoberbau. Um so mehr haben dagegen die Arbeiter ein Interesse daran, von dem schrecklichen Umfange der Arbeitslosigkeit selbst in Perioden aufsteigender Konjunktur nichts verstanden zu lassen. Die Gewerkschaften werden gut tun, die Frage, auf welche Weise eine zutreffende und sorgfältige Arbeitslosen-Statistik erzielt werden kann, im Auge zu behalten.

Wirtschaft und Politik.

Achtung, Gewerbegerichtsbesitzer!

Am 17. und 18. September 1905, nachmittags 2 Uhr, findet in Würzburg im „Gasthof zum Ochsen“, Juliuspromenade, eine Konferenz der Gewerbegerichtsbesitzer (Arbeitnehmer) statt, deren Tagesordnung lautet:

1. Die Verbandssammlung des Verbandes deutscher Gewerbegerichte; — Beschiedene.

Die Meldungen zur Teilnahme an der Konferenz sowie um Beschaffung von Logis sind bis spätestens am 12. September an Herrn Josef Hejn, Schreiner in Würzburg, Petrusstr. 6, zu richten.

Das Empfangslokal für die Teilnehmer an der Konferenz befindet sich im Restaurant zur „Obertür“, Obertürgasse 5.

Von Sonnabend, den 16., mittags, an werden am Bahnhof Führer, erkennbar an rot-weißen Schleifen, die Teilnehmer nach dem Empfangslokal geleiten.

Der Zentralausschuß der Gewerbegerichtsbesitzer Deutschlands.

(Arbeitnehmer.)

J. B.: Alwin Körsten,

Berlin SO. 16, Engel-Ufer 15.

Etwas von unserer famosen Justiz. Aus Dresden wird der „Ref. Blg.“ geschrieben: Eine recht befremdliche Entscheidung hat neuerdings wieder einmal das höchste Oberlandesgericht gefällt. Ein Arbeiter hatte in einer Versammlung seiner Berufsgenossen eine das Protokoll vom letzten Verbandstage der Bauhilfsarbeiter enthaltende Druckschrift auf Veranlassung des Vertrauensmannes zum Selbstkostenpreise von 20 Pf. zum Kaufe angeboten und auch einige Exemplare verkauft. Darin erblickten die sächsischen Gerichte einen gewerbemäßigen Vertrieb von Druckschriften, der nach § 43 der Reichsgewerbeordnung der polizeilichen Genehmigung bedarf. Da eine solche Genehmigung aber nicht vorlag, wurde der Arbeiter verurteilt und nun hat in letzter Instanz auch das hiesige Oberlandesgericht dieses Urteil gebilligt und die Revision bis Strafsache lospflichtig verworfen. Wie man im vorliegenden Falle einen gewerbemäßigen Vertrieb von Druckschriften annehmen kann, ist in der Tat nicht recht einzusehen; darunter hat der Beschäftigte doch wohl etwas anderes verstanden.

Klassenjustiz. Ein kleiner Streik bei der Firma Schäfer u. Söhne in Schleuditz hat schon ungeheure Opfer gefordert. Jüngst wurden wieder vom sächsischen Schöffengericht die Arbeiter Engelhardt, Nagel und Zimmermann zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie einen Arbeiter Deuch, der zum Streikbrecher werden wollte, mißhandelt hatten. Engelhardt und Nagel hatten gegen das erste Urteil bei dem Landgericht Halle Berufung eingelegt. Da ließ es denn in der Begründung des ersten Urteils, das Schöffengericht habe deshalb so hohe Strafen verhängt, um sowohl den Angeklagten als auch anderen Personen zum Bewußtsein zu bringen, daß man bei Streiks verurteilt nicht vorgehen dürfe. — Die Angeklagten sind also deshalb mit so hoch bestraft worden, damit andere von einem gleichen Vergehen abgehalten werden. Das Landgericht bestätigte das Urteil der Vorinstanz!!!

Die Hanauer Goldarbeiter stehen vor dem Uebertritt des Fachvereins zu dem Metallarbeiterverband.

Der Kratwalle anstiftet. In Norich (Schweiz) streiken die Stießerarbeiter. Nun ist es dort zu Gewalttätigkeiten gegen Arbeitswütige gekommen, die natürlich die bürgerliche Presse sofort auf Konto der Streikenden setzte. Demgegenüber ist es interessant, zu hören, daß selbst bürgerliche Verächtersticker ihren Zeitungen gegenüber konstatieren, daß Anarchisten die Anstifter und Ueber der Gewalttätigkeiten sind, daß aber die Streikenden denselben völlig fernstehen. Soweit die bürgerliche Presse anständig ist, nimmt sie von dieser Meldung ihrer Korrespondenten Notiz!

Aus Nah und Fern.

Kein guter Lehrer. Der Lehrer Brodorb aus St. Michaelis wurde vom Landgericht in Freiberg i. S. wegen Sittlichkeitsverbrechen, deren er sich verschiedenen Schülern gegenüber schuldig gemacht hatte, zu 2 Jahren und 6 Monaten Gefängnis, sowie zu 4 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Nach fürklichem Myster! Der bisherige Amtshauptmann zu Auerbach (Sachsen) veröffentlicht in dem dortigen Amtsblatte folgenden allergnädigsten Erlaß an seine bisherigen „Untertanen“:

An meine Gemeinden!
Nach neunjähriger Tätigkeit scheid ich heute von Euch. Es war eine Zeit raschen Emporblühens des ganzen Bezirks, und es war mir eine stolze Freude, nach Kräften mitzuhelfen an dieser herrlichen Entwicklung. Ihr habt mir meine Arbeit durch Euer Vertrauen und Euerer Hingabe reichlich gelohnt. Dem Scheidenden gebt Ihr so prächtige Ehrengabe mit auf den Weg. Ich danke Euch dafür und für die aus dieser Gabe so

noch wenigstens als ein geschmolzener Klumpen zurückbleiben mußte.

„Wo ist das Andere hin?“ rief Smith dazwischen — überwacht einmal eine solche Schaar von Menschen, wie sie sich dort zum Ketten auf die Feuerstätte warfen. Ich hatte mir die Stelle, wo ich den Kasten lassen mußte, genau gemerkt, und habe heute Morgen volle zwei Stunden danach gesucht, aber vergebens. Keine Spur von dem Geld war mehr zu finden, und wir können jetzt von vorn beginnen, wie wir vor vier Monaten zusammen angefangen.“

„Wenn Ihr nicht so ein Fasnitz wäret, Smith, so hättet Ihr das Geld in Sicherheit bringen müssen“, sagte da Sittly finster. „Warum haben Folkers und Wright ihre ganze Baarhaftigkeit gerettet?“

„Weil die nicht am Ausgange saßen.“ rief Smith. — „Das ist recht, macht mir jetzt noch Vorwürfe, weil ich nicht übermenschliche Kräfte besaß, weil ich kein Salamander war, der im Feuer leben konnte.“

„Und Ihr habt wirklich nichts, gar nichts von alledem gerettet, was zu unserer gemeinschaftlichen Kasse gehörte?“ frug da Brown, der indessen die Weiden mit finsternen Blicken gemessen hatte.

„Nicht einen Cent, so wahr mir Gott helfe!“ sagte Smith — selbst meinen Mantel hab' ich auf der Flucht vor den Flammen im Stiche gelassen, und ich will den heiligsten Eid darauf ablegen —“

„Spart Euch den“, unterbrach ihn ruhig sein bisheriger Kamerad, „was Euch ein Eid gilt, weiß ich aus Erfahrung, denn wir kennen einander leider zu gut.“

„Aber, Brown!“

„Laßt mich ansprechen. — Für jetzt seh' ich auch recht gut ein, daß ich nicht im Stiche bin, Euch etwas zu beweisen, mein Verdacht mag sich erstrecken, auf was er will, und die Sache vor Gericht zu bringen, wäre ebenfalls Wahnsinn und reines Futter für die Advokaten. Das Feuer von San Franzisko hängt über der Sache und ist

Gold!

Ein kalifornisches Lebensbild.
Von Friedrich Gerstäcker.

(22. Fortsetzung.)

Um zwei Uhr begann jetzt der Assessor mit seiner Arbeit, an der ihn nur dann und wann auf kurze Zeit die Wartung und Aufsicht der Kinder hinderte, packte einen Kasten, der ohne geringste Gefahr hätte eine Kiste um die ganze Erde machen können, suchte sich selber ein altes Stück Packleinen dazu, nahm Packnadel und Faden aus eigenem Vorrat und stand noch lange nach Dunkelwerden draußen auf der Straße bei seiner Beschäftigung, wobei ihm die Vorübergehenden mit großem Erschaunen zusahen, wie er mühsam die große Nadel gegen den Mond zu einfädelt.

Der Justizrat ging dabei ab und zu und rauchte seine Zigarre, bezogte auch nicht die mindeste Ungebuld und sagte nur, als der gefällige Mann endlich doch zu Ende gekommen war:

„Danke — rollen Sie den Ballen ins Zeit“ — und dann ging er langsam die Straße hinunter, sich noch einmal die Plaza anzusehen. Unterwegs traf er an einer den dunklen Ecken der Stadt drei Männer, die sich lebhaft miteinander in englischer Sprache unterhielten, ja es war fast so, als ob feindliche Worte zwischen ihnen gewechselt würden. Als ihnen der Fremde aber näher kam, schwebten sie still, warfen ihm einen flüchtigen Blick zu und ließen ihn vorbeiziehen.

„Abend“, sagte der Justizrat auf seine Barsche, wenn auch diesmal höflich gemeinte Weise, denn er traute den Dreien nicht recht und warf ihnen den halb abgebeißenen Stuß gleichsam als eine Beschwichtigung hin. Keiner von den Dreien antwortete ihm aber, obgleich sie auch die Köpfe nach ihm umwandten, und erst als der Justizrat genügend

weit außer Gehörweite war, nahm der Eine von ihnen, ein kleiner aber ziemlich wohlbeleibter Mann, das Gespräch wieder auf.

„Und wo habt Ihr Weiden bis jetzt eigentlich gesteckt, daß ich Euch mit keinem Auge den ganzen Tag gesehen habe und in Todesangst in der ganzen Stadt umherlaufen mußte? — Wo wolltet Ihr denn jetzt zusammen hin — mich auffuchen? Heh! — Das soll ich jetzt wohl auch noch glauben?“

„Allerdings wollten wir das“, antwortete Einer der Weiden, eine lange, hagere Gestalt, „und wenn Ihr nur einen Augenblick ruhig zuhören wolltet, Brown, so würdet Ihr alles erfahren.“

„Wie Ihr es Euch Weide zusammen abgetarlet habt, nicht wahr?“ rief der Kleine mit verächtlichem Blick auf den Sprecher.

„Ich hoffe, Brown, daß Ihr mich dessen nicht fähig haltet, einen Freund zu betrügen“, rief da der Dritte. „Zum Teufel auch, leide ich denn weniger unter dem Verluste als Ihr, und wäre mir nicht Smith ebenso gut Rechenhaftigkeitschuldig wie Euch?“

„Rechenhaftig? Wobon?“ rief aber Smith dagegen. — „Kann ich das Feuer bändigen, wenn es beinahe mit einem Schlag in den Saal bringt und den ganzen Raum mit Rauch und Flammen füllt? Wie ist es dem armen Jacobs gegangen, der bei dem Versuch, nur seinen Geldkasten ins Freie zu schleppen, verbrannte? Und doch ließ ich das mir Anvertraute nicht im Stiche, und wäre auch sicher damit entkommen, hätte mich der von oben niederstürzende Balken nicht an der Flucht verhindert. Ich sage Euch, da war Not am Mann, und wenn ich nicht alles im Stiche ließ, läge ich jetzt auch mit ausgebrannten Knochen bei dem Schutt drans.“

„Und wo ist das Gold geblieben?“ frug Brown darauf wieder. — „Ihr werdet mir zugeben, Sittly, daß Gold und Silber nicht wie Papier verbrennen kann und

laut sprechende freundliche Gesinnung von ganzem Herzen. Ich gehe, aber mit mir geht die nie erlöschende Liebe zu dem schönen Bezirk Auerbach und der Wunsch, daß dem ganzen Bezirk eine schöne Zukunft beschlehen sein möge. **Lebt Euch Gott!**

Auerbach, am 31. August 1905.

Amtshauptmann Deeger.

Die in dem Erlaß „An mein Volk“ erwähnte Ehrengabe ist von den Gemeindevereinigungen aus öffentlichen Geldern gestiftet worden. Aus eigener Tasche würden wohl die verantwortlichen Herren das Geld nicht aufgebracht haben. Dafür dürfen sie sich nun auch als getreue Untertanen wie von einem leibhaftigen Landesfürsten mit Ihr anreden lassen. Amtshauptmann Deeger ist auch Kandidat der konservativen Partei bei den bevorstehenden Landtagswahlen im 43. kändlichen Wahlkreis. Das „getreue Volk“ hat also Gelegenheit, zu zeigen, ob es über den patriarchalischen Amtshauptmann ebenso denkt, wie die freigeliebigen Gemeindevereinigungen. Ein ordentlicher Durchfall wäre dem Manne zu wünschen.

Ein Kommunalaffäre scheint der guten Stadt Hannover bevorzustehen. Der „Hannoversche Courier“ schreibt: „Gegen den Vizebürgermeister im Bürgervereinskollegium, Emil Rümmer, wird eine so ungeheuerliche Beschuldigung erhoben, daß im Interesse unserer städtischen Verwaltung auf das dringendste eine gerichtliche Klärung zu fordern ist, trotz der Nichtigkeit der Quelle, aus der jene Behauptungen fließen. In diesem Falle ist vornehmlich Ignorieren der Beschuldigung nicht anständig. Auch die gegen die Bürgervereinskollegium, Schmidt, Grottel, Jacob u. a. m., sowie Senator Deumermann gerichteten Verdächtigungen erheischen dringend Aufklärung.“ Weiter meldet dasselbe Blatt, daß Herr Rümmer und Senator Deumermann „gegen den Urheber und Verbreiter der erwähnten beschuldigenden Beschuldigung“ Klage erheben werden. Wie man aber sieht, hat der „Courier“ die ungeheuerliche Beschuldigung nicht erwähnt. Jedoch ist die Tatsache interessant, daß der sich so vornehm aufspielende „Courier“ die Klärung eines unter Aufschluß der Öffentlichkeit erhehenden Strafballdelictes aufweist, um öffentlich gerichtliche Klärung zu verlangen. Herr Rümmer wird der Vorwurf gemacht, seine eigenen geschäftlichen Interessen bei Verpachtung von städtischen Grundstücken denen der Stadt voranzustellen zu haben.

Ein „Schuhmann“ vor Gericht. Wenn ein Arbeitswilliger von einem Unzufriedenen nur durch ein ungeschickliches Wort gekränkt wird, so trifft ihn eine härtere Strafe als der böser Schuhmann erhielt, der einen 60-jährigen Mann ohne den geringsten Anlaß in nahezu das Leben gefährdender Weise mißhandelt hat. Das Schöffengericht in Hildesheim besetzte sich kürzlich mit folgendem Fall: Anfangs Juli stand der Schuhmann Adolf Grünh mit einer Näherin nachts um 2 Uhr in einer Türschwelle. Da kam der 60-jährige Aufhänger Klein vorbei und wag wohl einen Blick in die Türschwelle hineinzugucken. Er erhielt sofort einen Schlag mit einem Gegenstand, so daß sein Hut wegfiel. Als er sich schüttern beschwerte, bedrohte ihn der Schuhmann, wobei er die Alten zu haken sich erlaubte. Der Geschlagene holte den Schuhmann Meschol herbei, an dem er aber keine Stütze fand. Der Schuhmann Grünh stürzte nun sofort auf den Klein los und versetzte ihm einen solchen Stoß wider die Brust, daß er hinstürzte und den Rücken über der Hand zerbrach. Darauf machte sich der unzufriedene Held aus dem Staube. Den Schwerverletzten zum Hospital zu begleiten, lehnte der zweite Schuhmann ab. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Schuhmann — 300 Mk. Geldstrafe! Der als Nebenkläger auftretende Rechtsanwalt führte aus: Es werden sehr viele Klagen über Schuhleute laut, auch daß sie Leute auf der Straße mißhandeln; aber es sind nie unparteiische Zeugen da. Hier ist eine exemplarische Strafe angebracht für eine Tat, die jedes Menschenwürdig ist, besonders eines Mannes, der dem Publikum Schutz gewähren soll. Der Mißhandelte ist heute noch arbeitsunfähig. Das Gericht erklärte in dem Urteil, es könne kein Zweifel sein, daß der angeklagte Schuhmann vorsätzlich gehandelt habe; er habe sich der Mord eines Schuhmanns wenig würdig erwiesen. Wäre der Mißhandelte ein Arbeitswilliger und der brutale Angreifer ein Streikender, so hätte das Urteil —

das zeigen die unerhört hohen Strafen gegen Ausländer — auf viele Monate Gefängnis, im Ruhrgebiet bestimmt auf ein Jahr, gelaufen. Das Gericht in Köln, wo man die Strafkammer ebenso hart zu treffen versteht wie anderwärts, erkannte gegen den „Schuhmann“ gar nicht mal auf eine Freiheitsstrafe, sondern auf sage und schreibe sechs Monate Geldstrafe!

Ein vom Schicksal ereilter Denunziant. Ein Majestätsbeleidigungsdennunziant, der einen braven Arbeiter und Familienvater in's Gefängnis gebracht hat, ist jetzt von der Kammer erlöst worden. Im vorigen Jahre hatte in einer Wirtschaft zu Bayreuth der Genosse K a t h e l während einer Dinerspöle mit einigen unbeachteten Worten über Wilhelm II. gebraucht. Der Wirt Georg Hübner hatte nichts allgeres zu tun, als der Polizei Mitteilung zu machen, und K a t h e l wurde wegen Majestätsbeleidigung zu 2 1/2 Monaten Gefängnis verurteilt. Man ist der Denunziant von dem gleichen Schicksal betroffen worden. Als im Mai d. J. der Prinz Leopold von Bayern sich vorübergehend in Bayreuth aufhielt, war in einer Wirtschaft, wo auch Hübner anwesend war, der „hohe“ Besuch Gegenstand der Unterhaltung. Hübner hatte sich bereits einen Haarbüchel angezogen und ließ in diesem Zustande Auserungen über den Prinzen fallen, die durch den § 97 (Beleidigung eines Mitgliedes des königlichen Hauses) mit Strafe bedroht sind. Auch hier fand sich ein Denunziant, der die Auserungen der Polizei hinterbrachte. Vor Gericht suchte sich Hübner zunächst mit Trunkenheit zu entschuldigen, aber seine Hauptausrede gipfelte darin, daß die Arbeiterkassette ihm seit dem Fall K a t h e l nicht grün sei und ihn vernichten wolle. Die Sozialdemokratie habe sich gegen ihn „verschoren“. Der Vorsitzende des Gerichts wies den H. wegen seines Bemühens, die Klage als ein Werk der Sozialdemokraten hinzustellen, energisch zurück. Er wurde mit Rücksicht auf seine damalige Trunkenheit zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. — Die Schwefelurter Strafammer hatte sich ebenfalls mit einem Majestätsbeleidiger zu befassen. Angeklagt war der 59-jährige Bierbrauer Wilhelm Bayer, ein gänzlich verkommenes, schon unzählige Male wegen aller möglichen Vergehen und Verbrechen verurteilter Mensch, der betrunken in Lande herumzog und eine Menge Armenaffen beschwor. Als er nachhause wurde wachte er in seiner Wut nichts anderes zu tun, als einige anständige Auserungen über den Kaiser zu machen, wofür er nun acht Monate Gefängnis erhielt. Damit ist die Majestätsbeleidigung des tief gefallenen Menschen kläglich gerechtfertigt.

Der Nachtwandler. Vor dem Münchener Gewerbegericht spielte sich kürzlich vor Schlichtung der Münch. Post folgende Szene ab: Nach Aufbruch durch den Gerichtsdiener schlich ein großer, bäuerlicher Mann auf den Fußstapfen in den Saal und begrüßte mit einem Lächeln und tiefem Neigen den hohen Gerichtshof; ihm folgte eine schwarzäugige Unschuld, vielleicht 17 Borte zählend. Auch sie machte den schlichtesten Versuch, ebenfalls einen grandiosen Wüchling nach dem hohen Tribunal zu senden. Der Vorsitzende stellt die Personalien der Parteien fest und verliest die Klage. Danach hat die Klägerin, eine Milchmädchen, wegen fortgesetzter unbilliger Angriffe durch ihren Dienstherrn, einen Milchbesitzer am Anger, vom außerordentlichen Klüßlingsgericht Gebrauch gemacht, weshalb sie Entschädigung verlangt. — Vorsitzender: Was haben Sie auf die Klage einzumenden? — Beklagter (schüttelt verwundert den Kopf): Ich bin ganz baff! Do woosch i überhaupt net, was i no Jug'n soll. Mein Wort is wahr! — Vorsitzender: Die Klägerin wird bezerrliche Behauptungen doch nicht aus den Fingern gezogen haben? — Beklagter: Da kann i nimma er'n! Wann soll denn dös gwe's sein? — Klägerin: Am Montag nachts sans i mei Kammerl kemma, zwos Stund sans hog'we'a und hanz mer loa Rauch g'loss'n. — Beklagter: Do hört si do scho alles auf! — Vorsitzender (zur Klägerin): Hatten Sie vielleicht geträumt? Oder war es vielleicht ein anderer? — Klägerin: A wo. Hob eahn ja an der Stimm' kemma; er hat schon drauß'n g'sagt: Benzl, Benzl, jeh't kamm i. I hob eahn aba loa Antwort geb'n. — Vorsitzender: Warum haben Sie denn Ihr Zimmer nicht verriegelt? — Klägerin: 's Kammerl kann ja net verriegelt, Herr Richter. — Vorsitzender: Eigentümlich ist nur, daß Sie nicht um Hilfe gerufen haben. — Klägerin: Da hob i mi net traut; es is ja sonst ni'a passiert! — Vorsitzender (zum Beklagten): Da hören Sie's! Sind Sie vielleicht ein Nacht-

wandler? — Beklagter: O, bitt' schön, Herr Richter, i a Wittiba, wer is eppas toa, wo mein Kinda a do san. — Klägerin: Seg'n's, Herr Richter, amol is er mit Soater (Beiter) ansi und durchs Fenster in mei Zimmer g'kleg'n. — Beklagter: Ja, dös is wahr! Da hot mein 14-jähriges Deandel g'sagt: Wata, im Zimmer liegt wer im Bett. Die Tür war vasperret und da hob i im Hof b' Soater angelegt, bin einstiegen und hob dia aus'm Bett g'worfa! — Die Klägerin lärt dies dahin auf, daß sie die folgende Nacht, da sie die Kammer nicht hat versperren können, ein anderes Zimmer aufgesucht habe, um vor den Besorgungen des Beklagten sicher zu sein. — Vorsitzender: Die Geschichte ist schon ein bißel verdächtig. Ich meine, wenn Sie der Klägerin eine kleine Entschädigung zahlen, wird es das beste sein. — Beklagter: Herr Richter, i bitt', i wußt' net für was? — Vorsitzender: Dann müssen Sie halt einen Eid leisten, daß es nicht wahr ist, daß Sie die Klägerin belästigt haben. Können Sie diesen Eid leisten? — Beklagter: Freilich kann i dös schwör'n! — Klägerin: I kann's a beschwören! — Das Gericht zieht sich zur Beratung zurück. Unterdessen freilich aus dem Zuschauerraum eine Stimme, vermutlich die Schwester der Klägerin: Dumme Gans, sag' doch alles, was Du weißt, brauchst Du ja net 'schama! — Ermutigt durch diese kleine Aufmunterung, hub die Klägerin, nachdem das Gericht wieder zurückgekehrt war, an: Herr Richter, i bitt' ums Wort! Amol hat er mir sogar den Geflüßelhändler Sch., der bei eahn in der Wohnung Wein trunt'a hat, a in mei Kammerl g'schickt. — Vorsitzender: Ich meine, jetzt langts. (Zum Beklagten): Da schwören Sie lieber nicht, und geben Sie der Klägerin eine kleine Entschädigung. Geben Sie ihr 20 Mk., sonst müssen wir aussehen und den Geflüßelhändler als Zeugen haben. — Der Beklagte (nach einigen Nachdenken): In Gott's Nam! Aha unterschreib'n muß, daß loa weltlere Ansprüch macht. Dann muß's aus sein! — Vorsitzender: Dann ist's aus, weiters bei uns; was nachfolgt, hoz geht uns nichts an. — Die Klägerin willigte in den Vergleich ein und „aus war's in Gott's Nam!“

Ein alldeutscher Redakteur als Einbrecher.

Der alldeutsche Redakteur wird geschrieben: Vor dem hiesigen Schwurgericht hatte sich Montag der ehemalige Redakteur des „Alldeutschen Tagesblattes“, Rudolf Pich, wegen Verbrechen des Diebstahls bis zu verantworten. Pich hatte am 10. Juli voriges Jahr Redakteur in der Redaktion des „Alldeutschen“ die ihm verbriefte Schenkung und 766 Mk. von dem Blatte gestohlen. Als er das Geld durchgebracht hatte, stellte er sich in Auftrag der Polizei, die ihn dann nach Leinweber anvertraute. Bei der Verhandlung wurde festgestellt, daß Pich bereits folgende Verbrechen hat: 1890, Verbrechen des Diebstahls, 5 Monate schweren Arbeit; 1891, Verbrechen des Diebstahls, 6 Monate schweren Arbeit; 1892, Verbrechen des Diebstahls, 1 Tag Arbeit; 1892, Verbrechen des Diebstahls, 1 Monat Arbeit; 1893, Verbrechen des Diebstahls, 9 Monate schweren Arbeit; 1895, Verbrechen des Diebstahls, 6 Monate schweren Arbeit; 1896, Verbrechen des Diebstahls (Pich ist aus Wien ausgewiesen); 1896, Verbrechen des Betruges und der Betrügerei, 1 Monat Arbeit; 1901 (Berlin), Betrug, drei Wochen Gefängnis; 1901 (in Wittmann, Bayern), Betrug, 1 Monat Arbeit; 1904, Verbrechen des Betruges und der Betrügerei, 1 Woche Arbeit; 1904 (Dresden), Diebstahl und Betrug, 1 Monat Gefängnis. Wenige Monate nachdem er die letzte Strafe abgeessen hatte, wurde er würdig gefangen, in die Redaktion des alldeutschen Blattes einzutreten, wo er im Namen des deutschen Volkes die Sozialdemokraten beschimpfen durfte. Ja, er genoh, wie die Anklagebehörde feststellt, das besondere Vertrauen des Herausgebers. Das Urteil lautet auf 5 Jahre schweren Arbeit.

Zu Tode geschundener Beherling.

Ein Opfer der Beherlingsschinder ist in Neapel der zwölffährige Tischlerlehrling Salvatore Alessio geworden, den sein Meister beauftragt hatte, einen Handwagen mit zwei Doppelzählern aufzuladen, sechs Kilometer weit zu schleppen. In der Nacht abgehenden Via Serra verließ das unglückliche menschenleiche Lasttier die Kraft. Der Wagen, an dem das Kind vorgepresst war, rollte die Straße hinunter und schlugerte den Knaben an das Schilberhaus der Präfectur, wo er mit zerstückeltem Schädel liegen blieb. Zwei Menschen, die den herabrollenden Wagen zu halten versuchten, waren dazu nicht imstande, und einem zwölfjährigen Knaben war diese Arbeitsleistung zugemutet worden!

ein Mantel, unter dem sich noch Mancher verstecken wird, und so weit habt Ihr eure Sache auch ganz schlau angefangen, aber —

„So glaubt Ihr am Ende gar, daß ich Euer Geld gefressen?“ rief Smith laut und heftig.

„Ja wohl tu' ich das,“ entgegnete ihm Brown mit vollkommen ruhiger und fester Stimme, „und — im ehr noch als das — mehr als ich jetzt für gut finde Euch mitzutheilen, aber — nehmt Euch in Acht! Laßt mich je die Gewissheit Eures Betruges bekommen, und dann Gnade Euch Gott!“

„Suffi, erbarmlicher!“ schrie da Smith mit vor Wut ordentlich heiserer Stimme, indem er blitzschnell nach dem in der Weste versteckten Revolver griff. Smith's Hand lag aber wie Eisen auf seinem Arm. — Sie vor Allen durften hier nichts mit der Polizei zu schaffen bekommen, und er trat zwischen die Beiden, sie zu trennen.

„Brown,“ sagte er dabei mit erster, wie beschwichtigender Stimme — „ich glaube, daß Ihr Smith unrecht tut, und jedenfalls ist die Art —“

„Glaubt, was Ihr wollt,“ unterbrach ihn aber kurz der kleine, zum Menschen gereizte Mann, „wenn Ihr mich aber meiner Worte wegen zur Rede stellen wollt, so wißt Ihr, wo ich wohne“ — und sich kurz auf dem Absatz herumdrehend, schritt er, die Beiden keines Blicks mehr würdigend, rasch die Straße nieder.

Smith machte eine Bewegung, als ob er ihm folgen wolle, Smith aber ließ seinen Arm nicht los, und ihn in der entgegengesetzten Richtung mit sich fortziehend, stürzte er leise:

„Laßt ihn laufen. Wenn er nicht ganz auf den Kopf gefallen war, mußte er etwas merken, und da er sich nun darüber ausgesprochen hat, ist die Sache so viel leichter und rascher abgetan. Daß er nichts machen kann, weiß er eben so gut wie wir, und — ich dachte, die paar Worte könnten wir uns wohl von ihm gefallen lassen. Er hat sie teuer genug bezahlen müssen.“

„Er wird uns aber weiter nachspüren,“ sagte Smith — „hättet Ihr mich nicht gehalten, so — wäre er jetzt unerschädlich gemacht.“

„Und wie viel leicht in den Händen einiger freundlichen Korporalier, die sich genauer nach unseren Verhältnissen erkundigen würden, als uns wahrscheinlich lieb wäre,“ lachte Siffly. „Mein Kamerad, nicht hier in der Stadt, der wir ja doch morgen den Rücken kehren. Sollte er aber wahrhaftig genug sein, uns zu folgen, nun, dann überlaßt mir die Sache, und ich hoffe, Ihr werdet mit der Ausgleichung zufrieden sein. Aber jetzt fort mit dem Unfuss und zu Geschäften — ich selber war nicht im Stande, Euch seit dem Feuer wieder zu Gesicht zu bekommen, und wüßte unser Zusammentreffen ebenfalls einem Zufall zuschreiben, wenn ich nicht wüßte, daß wir Beiden stärkere Bande an einander haben. Ist das Gold in Sicherheit?“

„Ja!“ erwiderte Smith.

„Außerhalb der Stadt?“

„Natürlich. Hier wüßte ich keinen sichern Platz und dürfte sie auch einer Entdeckung nicht aussetzen.“

„Aberdings nicht. Und wann brechen wir auf?“

„Morgen früh, den' ich; aber — nach dem, was eben zwischen uns und jenem Burschen vorgefallen ist — nicht zusammen. Wir treffen uns lieber an einem dritten Ort — am besten in den Minen.“

Siffly warf einen raschen und forschenden Blick auf das Gesicht seines Kameraden; im Schatten der Häuser, in dem sie zusammen hinstritten, ließen sich jedoch seine Züge nicht mehr erkennen.

„Und wie wollt Ihr das Gold fortbringen?“ fuhr Siffly nach einigem Überlegen.

„Auf einem Dampfboot bis Sacramento natürlich,“ sagte Smith — „dort kauf' ich ein Maultier und packe es in die Sattelkassette.“

„Und wo ist es jetzt?“

„Das Gold? — In Sanfalta. Ich war heute Morgen drüben. Das Beste ist also, Ihr nehmt den Landweg

um die Bai nach Sacramento, wenn der auch etwas weiter und beschwerlicher ist, und wir treffen uns dann nicht etwa in Sacramento City, wohin Brown auch kommen könnte, sondern in der Yaba City, dort spürt uns kein Teufel aus, so viel ist sicher.“

„Rein,“ sagte Siffly nach kurzem Sinnen, „das allerdings, aber ich habe mir die Sache doch anders überlegt und denke, wir machen die Reise lieber zusammen. Und wenn uns Brown nachspüren wollte, und wenn er uns zusammen trafe, was weiter? Daß er uns nicht schaden soll, dafür laßt mich sorgen.“

„Reinetwegen, wenn Ihr mir nicht traut,“ sagte Smith finster.

„Davon ist jetzt keine Rede,“ erwiderte Siffly ruhig, „ich weiß, daß Ihr mich kennt, und fürchte deshalb für mich gar nichts. Also um wie viel Uhr geht das Sanfalta-Boot morgen früh ab?“

„Um sechs.“

„Und das Sacramento-Boot?“

„Um sieben. Das letztere legt aber ebenfalls in Sanfalta an.“

„Gut, dann geht Ihr morgen früh mit dem ersten Boot hinüber, und ich komme mit dem zweiten nach. An der Landung wartet Ihr mit dem Gold auf mich und wir machen die Reise in Gesellschaft. Seid Ihr das zufrieden?“

„Von Herzen gern,“ erwiderte sein Kamerad. „Wenn nur Brown keinen tollen Streich macht!“

„Genug — das also wäre abgetan, und wohin geht Ihr jetzt?“

„In's Parkterhaus — oder Parkterzell vielmehr,“ lachte Smith, „denn die Wirtschaft hat sich dort etwas rebusiert. Geht Ihr mit?“

„Gewiß,“ erwiderte Siffly; wenn wir auch für jetzt keine Hand mehr im Spiele haben können, bin ich das Leben doch zu sehr gewohnt, es gern zu miffen. Ich will heut Abend einmal sehen, ob ich Glück im Pointieren habe.“ (S. f.)